

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements - Preis pro Nummer 10 Pf.
Wochenpreis 20 Pf. frei ins Haus.
Eingelagerte Nummer 5 Pf.
Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingelagert in der Post-Zeitungs-Preisklasse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Bekannt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei).
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch-Korresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 15. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Wahlkampf in Oberschlesien.

Aus dem ober-schlesischen Industriegebiet wird uns geschrieben:
Wichtig wäre es eigentlich, in der Ueberschrift das folgende zu schreiben: „Die Reichstagswahlen im ober-schlesischen Industriebezirk“; denn nur die Kreise dieses Bezirkes: Beuthen-Tarnowitz, Ratowitz-Jabrze und teilweise wenigstens Lublinitz-Tost-Gleitwitz, sind es, in denen ein interessanter Wahlkampf seit Wochen und Monaten vor sich geht, während in den übrigen neun Wahlkreisen Ruhe herrscht, wie früher in ganz Oberschlesien, als der Merus noch allgewaltig und den zu wählenden Kandidaten einfach von der Kugel herab an seine Schäflein verlornte.
Koch im Jahre 1893 bestand diese Art; trotz ihrer Agitation gelang es damals den polnischen Socialisten nicht, mehr als 5000 Stimmen in allen ober-schlesischen Kreisen, davon 1348 in den drei Industriebezirkskreisen zu erreichen.

Ein großer Umschwung in diesen Verhältnissen trat beinahe gleichzeitig zum Teil zur Ueberwindung unserer eignen Partei, im Wahljahre 1898 ein, als zum erstenmal die deutsche Socialdemokratie am Wahlkampf teilnahm. Von 1348 Stimmen im Industriegebiet erhob sich unsere Anhängerschaft auf 20150; in ganz Oberschlesien zählten wir 25707 socialdemokratische Stimmen.

Im Jahre 1898 sprach man bereits davon, daß bei der nächsten Wahl unsere Partei sicher einen oder gar zwei Abgeordnete zum Reichstage „durchbringen“ würde. Die Aussichten für die Zukunft waren in der That äußerst günstig; es trat indes etwas ein, eine tiefgreifende Veränderung der Parteiverhältnisse, an die man 1898 noch nicht denken konnte oder wenigstens noch nicht dachte. Soviel war schon 1898 klar, daß der damalige Zustand, der zwischen dem deutschen Centrum und der katholischen Partei bestand, einer Veränderung dringend bedurfte. Die katholische Partei war eine katholische, polnische Partei; sie erhielt von uns ihren Namen nach der in Beuthen noch jetzt erscheinenden Zeitung „Katholik“ (der Katholik) und war in Oberschlesien sehr beliebt. Der „Katholik“ bestand schon seit 31 Jahren und hatte sich die Volksgunst besonders durch seinen katholischen Charakter in der sogenannten Kulturkampfzeit erworben. Centrum und „Katholik“ vertrugen sich bis zum Jahre 1897; erst jetzt bekamen sich die Anhänger des „Katholik“ darauf, daß sie insbesondere in nationaler Beziehung, gegenüber den germanisatorischen Maßregeln der preussischen halatistischen Regierung, von ihrem Schutzpatron, dem Centrum, nicht genügend geschützt würden; als Heilmittel dagegen verlangte die katholische polnische Abgeordnete nach ihrer Farbe. Es kam zu einem hitzigen Kampfe, der lange dauerte und mit der Niederlage der katholischen Partei endete, die nicht den Mut hatte, selbständig zu werden, und deren Führer als Kollegen einer geschäftlich blühenden Genossenschaft „Katholik“ und als Verwandte und Bekannte ihrer Genossenschaft nicht gefährden wollten. Die katholische Partei erhielt keine polnischen Kandidaten — der spiritus rector im Centrum war für diese Politik wahrscheinlich Sr. Eminenz der Kardinal und Fürstbischof Georg Kopp, der einem Halatisten ähnlich sieht wie ein Ei dem andern —, rächte sich aber an ihren Gegnern und Freunden, daß sie sich bei der 1898er Reichstagswahl nicht im mindesten für das Centrum ins Zeug legte, sondern den Wahlgott einen guten Mann sein ließ. Und Socialdemokraten kam dieses Verhalten der katholischen Partei sehr zu statten; unser damaliger Erfolg war zum Teil die Folge dieses Zerwürfnisses.

Nach der Wahl trat Ruhe ein. Im Jahre 1902 aber entstand eine neue Partei, deren Begründer mit der katholischen Partei und ihrer geringen Energie gegen das halatistische Centrum nicht einverstanden waren. Die damalige ober-schlesische Polenbewegung — denn eine solche war es; andre als nationale Ziele hatte sie nicht — stand im Zusammenhang mit der damaligen polnischen Bewegung in Berlin, die ein Organ hatte, den „Dziennik Polniski“. Ein ober-schlesischer Vertreter dieses Blattes war ein gewisser Korfanty, der nun draus und dran ging, mit dem Vorschlag eine neue polnische Partei zu gründen. Waren es seine socialistischen Kameraden, die er nach seiner Ausweisung aus dem Ratowitzer Gymnasium im Verkehr mit ober-schlesischen und Berliner polnischen Socialisten sich angeeignet hatte, oder war es Unkenntnis unseres Programms, Korfanty machte bei seiner Parteigründung den albernsten Versuch, den Socialdemokraten in Oberschlesien ein Bündnis anzutragen; sein Antrag wurde natürlich abschlägig beschieden. Korfanty war bürgerlicher Politiker, ein Phantast, wenn er an die Wiedererrichtung des Polenreiches glaubte, was man ihm sehr wohl zutrauen konnte und heute noch zutraut.

Die neugeborene Partei gründete natürlich möglichst bald eine neue Zeitung, den „Gornoslazak“, „Oberschlesier“ zu deutsch, gab ihn im Centrum Oberschlesiens, in Ratowitz, heraus und agitierte nach Kräften. Sie warb Anhänger und hatte Glück dabei. Die polnische Intelligenz, Klerge, Rechtsanwält, Kaufleute, Großbauern, fanden sich zusammen und geben der Partei ein Bildgepräge; der Wasse gefielen das neue politische Spiel, die national-polnischen Versprechungen, die neuen polnischen Zeitungen, die man geradezu aus dem Boden stampfte, die belebten Versammlungen, die diese neue Partei am Anfang ihrer Existenz noch abhalten durfte. Der Gornoslazak-Kummel geht heute noch mit Riesenschritt weiter, und die Zuschauer dieses Schauspieles scheinen noch immer nicht zu merken, daß die ganze Gornoslazak-Bewegung eitel Wind ist, der sich in recht kurzer Zeit ausgeweht haben wird.

Denn wie soll eine derartige politische Partei in einem Lande bestehen und wachsen, in dem die Wichtigkeit und Zahl der praktischen sozialen Arbeiten von Jahr zu Jahr zunimmt? Der „Gornoslazak“ hat sich noch nicht ein einziges Mal mit sozialen Dingen beschäftigt; keiner der gebildeten Vertreter der Partei scheint von diesen etwas zu verstehen. Korfanty selbst kann sich sein Honorar, das er etwa an Professor Sombert in Breslau gezahlt hat, zurückzahlen lassen,

wenn er glaubt, in Oberschlesien den nationalen Sumpfschwamm fortsetzen zu können, ohne daß ihm die bereits recht energisch social denkenden Polen den Weg weisen. Jetzt ist Korfanty noch dabei, auf die Socialdemokraten zu schimpfen, weil sie in Oberschlesien die Klassencheidung der Bevölkerung dem Proletariat klar zu machen suchen, obgleich auch er in seinem Dreipunkte-Programm die Socialreform genannt hat. Wird er sich nach der Wahl ändern, wenn er dann nicht mehr fürchten braucht, daß seine Anhänger aus der Bourgeoisie ihm weglassen?

Die national-polnischen Kandidaten sind vom Wahlverein dieser Partei aufgestellt worden, der Partei-Organisation, die im vergangenen Winter in kurzer Zeit gegründet wurde. Während das Centrum lange Zeit brauchte, ehe es mit der Kandidatenaufstellung fertig war, weil mit der katholischen Partei gerechnet werden mußte, ging es bei den Polen recht rasch. In Ratowitz-Jabrze kandidiert Korfanty selbst; er hat sich den besten Kreis geben lassen und soll, wie wahrscheinlich nur scherzhaft behauptet wird, bereits in Verlor eine Wohnung in der Nähe des Reichstagsgebäudes gemietet haben. Im Beuthen-Tarnowitz Wahlkreise ist ein polnischer Arzt aus Laurahütte Kandidat geworden, in Lublinitz-Tost-Gleitwitz der frühere Katholikredakteur Siemianowski, ein recht geschickter Mann, dem es beim „Katholik“ zu ultramontanen zuzuging. Von den übrigen Wahlkreisen kommt für die Polen nur noch Ratowitz in Betracht, wo sie einen Arzt, den Dr. Kastei, aufgestellt haben. Außer in Ratowitz haben sie in Gleitwitz — mit Siemianowski an der Spitze —, in Cosel und Lublinitz Zeitungen lokaler Art und eine Wochenchrift „Iskra“ gegründet, die in Gleitwitz erscheint, wo bereits „Die Stimme des Schlesiens“ erschien. Die Flugblätterleistungen sollen sogar über unsere gehen; soweit sie bekannt geworden sind, enthalten sie nicht viel Gesehites, sondern nur Gehässigkeiten gegen Centrum und „Katholik“, auch gegen unsere Partei, weil sie zu social sei, was dem Volke schade. Einen großen Teil ihrer Zeitungen füllen die Polen mit der Verleumdung der gegnerischen Kandidaten aus, wahrscheinlich deshalb, weil sie über sich noch so gar nichts sagen und rühmen können. Das Centrum hat sich allerdings möglichst ungeschickt bei der Kandidatenaufstellung benommen. Gerade in den drei wichtigsten Kreisen Oberschlesiens fand man wochen- und monatelang nicht zurecht für den Beuthen-Tarnowitz Wahlkreis verlornte man, weil Dr. Stephan sich nicht noch einmal einer Verichterstattung über sein untreues Verhalten in der Zollpolitik aussetzen wollte und eine Kandidatur nicht annahm, es mit dem Antialkoholiker Nepica zu probieren, einem Pfarrer in Tichau, wo gerade die größten ober-schlesischen Brauereien, eine Fürstlich-Plessische und eine bürgerliche, ihre Stipe haben. Vielleicht um die Oberschlesier mit ihren alkoholischen Anwendungen, die in der That noch in hohem Grade bestehen, nicht mit der Auffstellung Nepicas zu beleidigen, ließ man ihn fallen und stellte einen Arbeiterkandidaten, einen gräßlich Heindel-Donnermarstischen Wiegemeister und Verginwaliden, auf. Auch über Strolch, so heißt dieser Arbeiterkandidat, ist viel geschrieben worden und wird noch viel geschrieben werden. Ein Tarnowitz Amtsrichter Antes wurde von deutschen Centrumsanhängern aufgestellt, hat aber selbst die hochhängenden Trauben reifert. In Ratowitz wollte Letocha zuerst lange nicht an der ihm angebotenen Kandidatur ansetzen; da sich gar kein passender Ersatz für ihn finden ließ, ließ er doch wieder an und suchte sich noch schnell durch seine Interpellation im Abgeordnetenhaus über das große Grabenunglück auf der halsalischen „Königin Luise-Grube“ bei den Oberschlesiern ins Gedächtnis zurückzurufen, da sie ihn ganz vergessen zu haben schienen. Auch in Gleitwitz ist Kandidatenstreit. Der Centrumskandidat ist natürlich Graf Vellestrom; von Vellestroms Sünden im Reichstage, die ihn eigentlich selbstverständlich nicht nur für seinen kurulischen Stuhl im Reichstage, sondern auch für jeden Sitz im Abgeordnetenraum ungeeignet gemacht haben, weiß man in zwei Dritteln des Wahlkreises nichts; da wo man's weiß, hat man den Frieden lieb und wählt aus Stumpf-sinn den alten Kandidaten; der Kampf zwischen den Polen und der Centrumpartei ist hier ganz besonders hitzig, wenn auch für die eigentliche Wahlbewegung nur Gleitwitz und Umgegend selbst in Betracht kommen, während die eine Hälfte von Tost-Gleitwitz und ganz Lublinitz eine politische Bewegung nicht haben.

Was macht nun diesen bürgerlichen Parteien gegenüber unsere Partei? Für diese schieben das Wahljahr ganz besonders unangenehm zu werden. Der alte Zwist zwischen der deutschen Socialdemokratie und den ober-schlesischen Vertretern der sogen. polnisch-socialistischen Partei, die sich als selbständige Partei neben der deutschen Socialdemokratie hinstellte, konnte nicht beigelegt werden. Bereits im Sommer 1902 stellten die Genossen der polnisch-socialistischen Partei in Oswiecim (Galizien), wo sie ohne Zuziehung von Genossen der deutschen Partei verhandelten, in acht Kreisen — bisher hatten sie nur zwei Kreise mit Kandidaten besetzt, 1898 nur einen — Genossen ihrer Partei als Kandidaten auf. Die Genossen der deutschen Socialdemokratie, dadurch aufgebracht, setzten auf einen Schein anderthalbe und ernannten auf ihrer Konferenz in Veldorf, auch im Sommer 1902, in sämtlichen 12 ober-schlesischen Kreisen Kandidaten aus ihrer Partei. Die Genossen der polnisch-socialistischen Partei hatten sie zu dieser Konferenz eingeladen, doch da die Vertreter dieser Partei gebundene Mandate des Inhalts hatten, sich auf nichts einzulassen, war diese Vertretung zwecklos. Weber die Einigungskonferenz im Oktober noch die monatelangen Einigungsversuche der beiden Parteivorstände brachten ein günstiges Resultat, vor allem keinen Frieden, die Einigungsverhandlungen wurden abgebrochen. Da waren es die ober-schlesischen Genossen selbst, die wenigstens für die Wahlen zum Reichstage für die gemischtsprachigen Wahlkreise Beuthen OS, Tarnowitz-Ratowitz-Jabrze, Lublinitz-Tost-Gleitwitz, Plesch-Bybnik, Cosel-Grosz-Strehlitz, Eppeln, Kreuzburg-Rosenberg eine Einigung in der Kandidatenfrage mit den Genossen

der polnisch-socialdemokratischen Partei vollzogen, bei denen wir 4, die Polen 3 Wahlkreise erhielten. Die Arbeit in diesen 7 Kreisen ist gemeinsam; maßgebend für die Leitung der Wahlarbeit ist der Kandidat bzw. seine Partei. Die auf der Veldorfer Konferenz gewählte Agitationskommission besorgt die Leitung der Wahlgeschäfte in den übrigen 5 Wahlkreisen Ratowitz, Leobschütz, Neustadt, Reibe, und Falkenberg-Grottkau.

In unserer Agitation unterbleibt alles Schimpfen, jede Beleidigung; wir haben es in Oberschlesien so ungeheuer leicht, durch Aufbedeckung der Thätigkeit der Centrumpartei diese so bloß zu stellen, daß es auch die rückständigsten Polen verstehen. Und Socialdemokraten helfen bei der Wahl gegen die Ultramontanen sogar die Centrumsanhänger selbst, und zwar in folgender Weise. Aus einer rheinischen Stadt von großer Bedeutung wurden vor einiger Zeit dem ober-schlesischen Bezirks-Vertrauensmann in Beuthen einige Pakete Flugblätter, ca. 3000, mit dem Ersuchen geschickt, diese Blätter unter den ober-schlesischen Arbeitern zu verbreiten. Der Inhalt dieser Flugblätter betraf eine Gegenüberstellung dessen, was die Führer der Centrumpartei früher über Brot-, Fleisch- und überhaupt Lebensmittelpreise gesagt und versprochen, was sie aber nach vier Jahren nach ihrer Wahl, in der Beratung der Zollvorlage, gethan haben. Ein solcher Fall, daß sich eine Partei an Gegner wendet, um von diesen einen Dienst zu erreichen, den sie selbst nicht ausführen kann, mag noch nicht oft vorgekommen sein; wir sind neugierig auf die Wirkung dieser Centrums-Flugblätter, verbreitet von Socialdemokraten gegen Centrumsführer. Hoffentlich hat der polnische Dunst der Korfanty, Siemianowski und Genossen den ober-schlesischen Polen das Hirn noch nicht so verdunkelt, daß sie nicht verstehen, was ihre Abgeordneten an ihnen begangen haben: einen Vollsverrat schlimmster Art!

Ob die Zeit gekommen ist, in der dieser Verrat seine Strafe findet? Wer wagt eine sichere Antwort? Der Socialismus wird und muß auch in Oberschlesien siegen, er ist die Wahrheit gegen den Centrumsflug, gegen den Polenbetrug; er wird aber für einige Zeit mit dem Polonismus der Gornoslazakpartei als mit einem hemmenden Moment zu rechnen haben.

Wahlkampf.

Die Freisinnigkeitspartei der Verleumdung.

Im ersten Berliner Wahlkreise, so wird und berichtet, hatten am Mittwoch die Getreuen des Herrn Eugen Richter eine Versammlung freisinniger Wähler veranstaltet, in der der Kandidat der freisinnigen Volkspartei Stadt. Kampf und nach ihm Herr Richter selber sprach. Die Versammlung verlief in der üblichen Weise: eine Diskussion wurde nach bewährtem Richterschen Rezept von vornherein ausgeschlossen. Herr Kampf und Herr Richter trugen vor, was sie auf dem Herzen hatten, von den Wählern aber durfte „über Thema nicht gesprochen“ werden. Dem freisinnigen Bürgerum, dessen „Selbstbewußtsein“ Herr Kampf pries, blieb nichts andres übrig, als sich in die Mund-tombung der Wähler zu fügen. Nur „Fragen“ durften an den Kandidaten gerichtet werden, aber von diesem Surrogat einer freien Aussprache mochte niemand Gebrauch machen. Herr Richter hielt übrigens dieselbe Rede, mit der er im fünften Wahlkreise den Wahlkampf eröffnet hatte. Auch die „Witze“ waren genau dieselben und wurden an genau derselben Stelle eingefügt. Selbstverständlich brachte Herr Richter auch wieder seine bekannten Schmähungen gegen die Socialdemokratie in wortgetreuer Fassung vor. Die Zwischenrufe, mit denen er hier von einigen in der Versammlung anwesenden Socialdemokraten unterbrochen wurde, waren unfreiwillig überflüssig. Herrn Eugen Richters Kampfesweise bedarf keines Kommentars. Man lasse ihn reden und antworte ihm am Tage der Wahl durch die That.

Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet zwar die freisinnige Versammlung, aber die oben kurz berichtet ist, als eine „imposante“, hält es aber doch für erforderlich, sogleich im Anschluß an die Versammlung eine Leitartikel-Philippika wider „die Zusammen-rottung der socialdemokratischen Fahne“ loszulassen; die Herren Kampf und Richter haben also die Socialdemokratie noch nicht genügend erlegt. Es ist zugestehen, daß die „Voss. Ztg.“ auch den jetzigen Wahlkampf in der Wahrheitswidrigkeit und in der niedrigen Bosartigkeit zu führen sich befeuert, der die freisinnige Partei den stets wachsenden Abfall ihrer Wähler verdankt. Der Artikel der „Voss. Ztg.“ besteht aus einer albernsten Unwahrheit und einer schäbigen Verleumdung.

Die „Voss. Ztg.“ hat das Erfurter Programm der Socialdemokratie entbeut, und was sie da findet, teilt sie der Welt als neue Offenbarung mit. Die „Voss. Ztg.“ muß diese hohe Aufgabe erfüllen, denn die Socialdemokratie — verschweige ihr Programm. Die socialdemokratischen Flugblätter, sagt die „Voss. Ztg.“, erzählen nichts von der Abschaffung der Klassenherrschaft, vom Abbruch zwischen Besitzenden und Besitzlosen“ usw.; die Socialdemokratie marschiere mit zusammengerollter Fahne. Ein liberales Gerede, das durch ehrwürdiges Alter und häufige Wiederkehr nicht wahrer wird! Es ist allerdings richtig, daß die Socialdemokratie in ihren Flugblättern reichlich Angelegenheiten behandelt, die nicht rein socialistische sind, deren Vertretung eigentlich den Liberalen zustünde. Aber die Liberalen von der freisinnigen Volkspartei haben nicht nur diese Angelegenheiten so unzureichend und schwächlich vertreten, daß andre sie besser zu vertreten verpflichtet sind, die Liberalen haben auch so läppigen Verrat am Liberalismus verübt, daß leider die Socialdemokratie in die Notwendigkeit versetzt ist, einen Teil ihrer Kampfeskräfte auf die Aufbedeckung dieser Ver-räterei zu verwenden. Wie lächerlich ist doch diese liberale Klage, die jetzt die „Vossische Zeitung“ wiederholt, daß die Socialdemokratie in Wahlkämpfen ihre eigene Fahne zusammenrollt und unter dem Panier liberaler Forderungen steht! Wäre der Wortwurf wahr, — welche Schande würde die liberale Presse auf die eigne Partei, indem sie zugiebt, ihre Partei habe die liberalen Forderungen so schlecht vertreten, daß die Wähler sich von ihr abwenden und daß selbst die sichersten Wahlkreise des Freisinn mit bedroht sind.

Die „Vossische Zeitung“ hofft allerdings noch auf die Erhaltung des ersten Berliner Wahlkreises, weil dieser Kreise kein Arbeiterkreis sei und weil der Niedergang der Wahlberechtigten in diesem Kreise eine Zunahme der Arbeiterbevölkerung ausschliesse. Aber die „Vossische Zeitung“, obwohl sie das Exterieur Programm hervorgehoben hat, weiß nicht, daß die Sozialdemokratie keineswegs eine ausschließliche Partei der Lohnarbeiter ist; neben den Lohnarbeitern stehen auch die unteren Beamten, die kleinen Kaufleute und Handwerker zur Sozialdemokratie, da sie längst begonnen haben, die liberale Lösung, daß jeder seines Glückes Schmied sei, als eine Pächterlichkeit in dieser Gesellschaftsordnung der Geldherrschaft, der Ungleichheit, der Geburt- und Vermögensunterschiede zu erkennen. Die „Vossische Zeitung“ weiß nicht, daß in allen Wahlkreisen, die sozialdemokratisch vertreten sind, die Zahl der daselbst wohnhaften Lohnarbeiter weit zurückbleibt hinter der Zahl der sozialdemokratischen Wähler. Längst gehört überall ein stattlicher Teil der Handwerker, der Geschäftsleute, der Beamten zur Sozialdemokratie. Es ist darum nur ein gar schwacher Trost der „Voss. Ztg.“, daß der erste Wahlkreis keine starke Fabrikarbeiterkraft umfaßt. Die Politik, welche die freisinnige Volkspartei in jüngster Zeit betrieb, wird der Sozialdemokratie zahlreiche Wähler zuführen, die es fast haben, daß der Liberalismus immer da seine Fahne zusammenrollt, wo es gilt, liberale Thaten zu vollbringen.

Bei alledem ist es grobe Wahrheitswidrigkeit, daß die Sozialdemokratie ihre sozialistische Fahne zusammenrollen. Wir wären Karren, wenn wir das thäten, da gerade die idealen Ziele, die wir erstreben, den stärksten Widerhall in der kapitalistisch bedrückten Bevölkerung finden! Danach verfahren unsere Parteigenossen allenthalben in Flugblättern und in Versammlungsreden.

Der Freisinn ist aber nicht nur in seinen Grundgedanken tief herabgekommen, sondern ebenso und noch mehr in den Praktiken, mit denen er den Kampf führt. Freilich ist es schwer, eine böse Sache anständig zu vertreten. Die „Vossische Zeitung“ wendet sich gegen den sozialdemokratischen Kandidaten des ersten Wahlkreises also:

„Dr. Krons bekennt sich zu diesem sozialdemokratischen Programm, was manchem als eine Art Selbstironie erscheinen mag. Dazu gehört der sozialdemokratische Kandidat, zu den Ausbeuteten oder den Ausbeutern, zum Proletariat oder zur Bourgeoisie, zu den Besitzlosen oder den Besitzenden, zu den Arbeitern oder den „Nichtarbeitern“, den „Kapitalisten“, die sich nach dem sozialdemokratischen Programm „in den Besitz des Produktes der Arbeiter setzen“? Und zu welcher Klasse gehört Dr. Krons, wenn zwischen diesen Klassen ein „Abgrund“ gähnt?“

Diese persönliche Gehässigkeit leistet die „Vossische Zeitung“ zu derselben Zeit, da die freisinnige Volkspartei im vierten Berliner Wahlkreise einen sehr hohen Beamten als Kandidaten aufstellt, einen Mann der preussischen Beamtenhierarchie, deren Art und Gehalt der Freisinn sonst bekämpft. Der Freisinn ist erstent- und bei der Nichtständigkeit unserer Verhältnisse mit Recht —, daß ein hoher Beamter bereit ist, für den Freisinn zu kandidieren. Wenn aber ein Mann aus den Reihen der Besitzenden hervorgeht, durch Erkenntnis der sozialen Mißstände und durch warmes Empfinden für die Not der Mitmenschen ein Mitkämpfer der Bedrückten und Besitzlosen wird, dann entehrt sich das liberale Volk durch niedrig persönliche Anwürfe.

Noch mehr! Die „Voss. Ztg.“ scheut in der Bekämpfung des gegnerischen Kandidaten vor den schmutzigsten Unwahrheiten nicht zurück:

„So das Proletariat stark ist, hat die Sozialdemokratie bisher geistlich vermieden, Herrn Krons als Kandidaten aufzustellen. Er wurde in den ersten Wahlkreis geschickt, wo ihm eine Niederlage sicher war. Mit einer ausfallslosen Anweisung auf Mandat wird er abgefunden, da ihm ein sicheres Mandat nicht eingeräumt wird.“

Es ist unmöglich, solch ekelhaftes Lügen durch eine Antwort zu würdigen. Diese Entrollung der freisinnigen Verleumdungs-Fahne dürfte in dem einzigen Berliner Wahlkreise, auf den der Freisinn noch hofft, die freisinnigen Wahlausichten sehr vermindern. Jeder anständige Mann wendet sich von diesen Schmutzereien, die den Liberalismus schänden, verachtungsvoll ab.

#### Mittelstandswünsche.

Der allgemeine Verein der Gewerbetreibenden Berlins, der eine Vertretung aller Gewerbetreibenden „vom Kleinsten bis zu Rudolf Herbig“ sein will, gab am Mittwoch Anlaß zu einer Mittelstandsbekämpfung, in der unläuterer Groll auf der einen und klare Erfahrung der wirtschaftlichen Thatfachen auf der anderen Seite zum vollendeten Ausdruck kamen. Groll und Zorn, berechnete Erbitterung über wirtschaftliche Bedrückung bei den kleinen Gewerbetreibenden ohne eine Spur von Einsicht über die wahren Ursachen ihrer Not und die möglichen Abhilfsmittel; ein politischer Charlatan verspricht ihnen alles, was sie wünschen, ohne den Versuch eines Eindringens in die zu lösenden wirtschaftspolitischen Probleme. Auf der anderen Seite der Sozialdemokrat, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Wege sämtlich in die Zere leiten, auf denen die Bedrückten Rettung erhoffen, daß der anerkannte Not auf ganz anderem Wege begegnet werden müsse.

Ueber die Versammlung wird uns berichtet:

Als die Versammlung gegen 10 Uhr eröffnet wurde, herrschte in dem großen Saale eine beängstigende Leere; kaum 50 Personen mochten anwesend sein. Ein Herr, dessen Name nicht zu verstehen war, teilte mit, daß die Versammlung „ganz unpolitisch“ sein und „nur zu der Frage der Reichstagswahl“ Stellung nehmen sollte. Er erklärte auch, jede politische Erörterung abzuwehren zu wollen, ohne daß er sich jedoch darüber äußerte, wie man es möglich machen sollte, „unpolitisch“ über die Reichstagswahl zu diskutieren. Nur den Kandidaten wollte er unbeschränkte Redefreiheit zugestehen. Dann verlas er „die Forderungen des gewerblichen Mittelstandes“, die sich gegen die Rabatt-Sparvereine, Konsumvereine und Warenhäuser richteten, wieder mit der Erklärung, daß er alle Gewerbetreibenden aufforderte, ohne Rücksicht auf die Politik dem Kandidaten die Stimme zu geben, der sich auf diese Forderungen verpflichtete.

Nun sprach der antisemitisch-konservative Kandidat Rechtsanwalt Dr. Gahn. Selbstverständlich versprach er alles, ja noch mehr, indem er den Befähigungsnachweis empfahl. Alsdann wendete er gegen die internationale, antimonarchische Sozialdemokratie und die Juden und empfahl sich „den Gewerbetreibenden des dritten Kreises, unter denen auch Israeliten nicht gerade selten sein sollten, als geeigneten Kandidaten.“

Während dieser Rede Gahns öffnete sich die Thür zu dem nebenbei liegenden Speiseraum, in dem „ganz zufällig“ für denselben Abend eine antisemitische Versammlung einberufen worden war, und herein marschierte eine antisemitische Truppe der bekannten Art. Aber auch unsere Genossen hatten diese Veranstaltung nicht unbeachtet gelassen, und nach Schluß der Versammlungen, die in der Ressource und den Armnhallen stattgefunden hatten, waren noch viele zu Ruggenhagen geeilt, so daß sich der Saal allmählich ziemlich gut gefüllt hatte.

Nach Gahn meldete sich der sozialdemokratische Kandidat Genosse Wolfgang Heine zum Wort. Sofort machten sich die Gewohnheiten einiger antisemitischen Rabaukbrüder unangenehm bemerkbar; während unsere Genossen den Vorlesenden und den Dr. Gahn lautlos angehört hatten, suchten die Antisemiten den Genossen Heine durch forcierte ungezogene Zwischenrufe zu stören. Der Vorlesende that was er konnte, um sie zur Ruhe zu bringen, er forderte die Schreier sogar nachdrücklich auf, das Lokal zu verlassen, aber immer wieder brach die Bestialität durch, so daß Genosse Heine unter dem Beifall der Mehrzahl der Versammlung die Auser erwählte, erst einmal in sozialdemokratische Versammlungen zu gehen, um zu lernen, wie man sich benehmt. Heine führte übrigens seine Rede unbeeinträchtigt zu Ende. Er wies nach, daß die aufgestellten Forderungen teils schon Gesetz, teils wirkungslos, teils völlig unklar wären. Er hätte keinen Anlaß, sich für die Rabattvereine zu erwärmen, aber es wäre doch nicht zu verkennen, daß diese der übertriebenen Konkurrenz der Gewerbetreibenden untereinander ihren Einfluß verdanken. Die Ge-  
gebung könnte dabei nichts thun. Namentlich wäre die Forderung „die Rabattvereine dem Genossenschaftsgesetz zu unterstellen“ völlig unüberlegt, denn es wären eben keine Genossenschaften und das Gesetz paßte in keiner Weise auf sie.

Zu den Forderungen betreffend die Konsumvereine übergehend, fragte Heine, ob es dem Verein der Gewerbetreibenden denn unbekannt geblieben wäre, daß der Verkauf an Nichtmitglieder bereits bei Strafe verboten wäre, ohne daß das den kleinen Gewerbetreibenden etwas genützt hätte. Wenn gefordert würde, daß die Konsumvereine Waren an ihre Mitglieder nur zum Selbstkostenpreis abgeben dürften, und daß die gesamten Unkosten durch Umlagen am Jahresschlusse aufgebracht werden sollten, so wäre das auch unklar und tiefe sich umgehen. Die Absicht wäre offenbar, die Konsumvereine unmöglich zu machen. Wenn man das wollte, so sollte man lieber ehrlich sein und sogleich ein Verbotsgesetz gegen die Konsumvereine fordern, das dann freilich auch die Rohstoffvereine und die landwirtschaftlichen Bezugsvereine treffen würde.

Aber helfen würde das auch nichts, denn es bliebe die Konkurrenz des Großkapitals. Aus Zwischenrufen ging hervor, daß der Verein der Gewerbetreibenden eine Erdrosselung nicht nur der Warenhäuser, die mehrere Warenklassen führten, sondern alle größeren Geschäfte mit mehr als 100.000 Mark Jahresumsatz durch eine progressive Umsatzsteuer wünsche. Heine legte dar, wie auch eine solche unüberlegbare Maßregel nichts helfen würde, weil die Konkurrenz der Kleinen untereinander um so schärfer werden würde. Wollte man diesen ihre jetzige Existenz gesichert garantieren, so gäbe es nur ein Mittel, Festsetzung recht hoher Minimalpreise, — dann natürlich für alle Waren — und Beschränkte Zulassung zu den Gewerben, wie sie ja auch das Ziel der Agitation für den Befähigungsnachweis wäre. Das wäre erst recht eine Erdrückung der Existenz aller kleinen Leute. Für das Handwerk müßte dann noch das Verbot der Großindustrie dazukommen, wenn im Handel der Großbetrieb verhindert würde.

Das wären offensichtliche Utopien, an deren Verwirklichung nie gedacht werden könnte; nie würde ein Sozialdemokrat solche Unmöglichkeiten versprechen.

Die wahren Feinde des Mittelstandes und der kleinen Gewerbetreibenden wären die, die ihnen solche unmöglichen Forderungen einredeten und sie von ihren wahren Interessen ablenkten. Diese wahren Feinde des Mittelstandes wollten ihm das Brot verteuern und durch Schädigung der Industrie und der Kaufkraft der Arbeiter sein Gewerbe erschweren wie die Antisemiten. Diese im Verein mit den freisinnigen unterstützten die Hauswirte, die die Gewerbetreibenden durch wucherische Mietpreise ausbeuteten.

Die folgende Debatte förderte manches kranke Zeug zu Tage; eine sachliche Widerlegung des Genossen Heine versuchte niemand. Rechtsanwalt Gahn bekannte sich als Anhänger der Brot- und Fleischzölle. Ein Redner des Vereins der Gewerbetreibenden beschränkte sich über den „politischen“ Charakter der Debatte und darüber, daß Heine ihre Forderungen „bemäntelt“ (sollte wohl heißen „bemängelt“) hätte. Sie hätten bloß hören wollen, welche Kandidaten ihre Forderungen unterstützten, ob diese ausführbar wären, wäre ganz gleichgültig.

Dies Bekenntnis rief einen spontanen Heiterkeitsausbruch hervor, über den sich der Redner wieder bitter beklagte. Heine entgegnete noch einmal sehr entschieden, daß er sich auf eine Debatte ohne Gründe und auf eine Wahlbesprechung ohne Politik nicht einlassen würde, und daß er nie etwas versprochen würde, was unmöglich wäre.

Die Versammlung wurde schließlich infolge immer neuer antisemitischer Zwischenrufe, die auch unsere Genossen zur Erwidrerung reizten, immer unruhiger, namentlich als ein antisemitischer Redner in aufsehendem angelegter Stimmung eine Rede hielt, die als III wirkte. Es war 1 Uhr durch, als der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung schloß, alle Gewerbetreibenden möchten Rechtsanwalt Dr. Gahn wählen, worauf die Mehrheit der Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und den Genossen Heine antwortete.

**Nationalliberale „Revision“ des Reichstags-Wahlrechtes.** Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete für Ralbe-Vischard, Herr Blacke, sagte in einer Berammlungsrede in seinem Wahlkreise nach dem Bericht der „Magdeburger Zeitung“:

Die Sozialdemokraten betrachten alles nur als Abschlagszahlung, als Zinsgeld auf dem Wege zum Zukunftsstaat; sie können darum, wie Herr v. Kröcher sagt, niemals Subjekt, sondern nur immer Objekt der Gesetzgebung sein. Er sei kein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechtes, aber wenn die Gegner das Wahlrecht auf Leute im 21. Lebensjahre und auf die Frauen ausdehnen wollen, dann lasse es sich begreifen, daß man auf der anderen Seite das Wahlrechtssalter auf 30 Jahre hinaufgesetzt wissen wolle. Das Wahlrecht werde vielleicht in einem letzten Verzweiflungskampfe des Bürgerturns gegen die Sozialdemokratie revidiert werden.

Man kann sich denken, daß sich die „Verzweiflung“ des Bürgerturns nicht an den fünf Jahren Altersunterschied antobten wird. Die Verzweiflungskrevision wird weiter greifen. Es gilt dem ganzen Wahlrecht!

Das neue Wahlreglement ist auch dem Landrat des Kreises Preussisch-Enslau unbekannt; wie die „Königsberger Volks-Zeitung“ berichtet, macht auch dieser Beamte antisch bekannt, daß die Wahlhandlung um 6 Uhr geschlossen wird. Die preussischen Landräte scheinen von ihrem Viderhandel so in Anspruch genommen zu sein, daß sie noch keine Zeit hatten, das neue Wahlreglement zu studieren, und so scheint auch das preussische Ministerium des Innern durch den Eintritt in die Firma Wärenstein verhindert worden zu sein, die Unterbehörden auf die nebenwichtigen Wahlgeschäfte aufmerksam zu machen.

#### Deressische „Verfassungskorrekturen“.

Aus Dresden wird uns berichtet: Die hiesigen Konservativen hatten sich am Montag im Ausstellungspalast versammelt, um gleichzeitig Stiftungsfest und Wahlversammlung mit nachfolgendem Tanzfrühstück abzuhalten. Es waren viele hohe Offiziere und Damen erschienen. Den Festredner hatte man sich von auswärts holen müssen. Man hatte keinen geringeren als Herrn Amten-Oertel geholt. Der Mann ging mächtig ins Geheiß. Die „Dresdener Nachrichten“ haben freilich den Bericht über die fulminante Rede so verwässert, daß sie förmlich langweilig zu lesen ist, während sie sich doch ganz anständig anhört. Man urteilt selbst. Wir nennen uns die Ordnungspartei, erklärte der Festredner, das heißt wir wollen Ordnung in Gemeinde, Staat und Reich. Schaffen wir aber auch diese Ordnung wirklich? Wenn sich in unser Haus jemand einschleicht, der das Unterste zu oberst kehren will, so werfen wir ihn doch zum Teufel hinaus. Im öffentlichen Leben dulden wir indessen noch immer die Umsturzprediger. Man denke nur an ihr Treiben im Reichstage. Wir stehen fest auf dem Boden der Verfassung, aber diese Verfassung muß mit der Zeit gleichen Schritt halten. Wir sind bereit zu zeitgemäßen Verfassungskorrekturen.

Des längeren verbreitete sich Dr. Oertel über den 25prozentigen Steuerzuschlag für Sachsen. Die Zeiten seien ernst und schwer, aber sie gäben dem wahren Patrioten Gelegenheit, seine Treue zum Vaterlande und Königshause zu beweisen. Alle Birren, die in jüngster Zeit ein falsch verstandenes Wort des Königs veranlaßt hätten, seien hinweggesetzt worden durch einen wunder schönen Raientag, den Königsempfang! Nun sei in Sachsen, was das Verhältnis von Dynastie zum Volke betreffe, wieder alles im richtigen Geleise. Die anwesenden abhängigen Geschäftsleute und Beamten machten Beifall, aber die Stimmung war eine gedrückte. Aus der Unterhaltung an den einzelnen Tischen ging hervor, daß man über den 25prozentigen Steuerzuschlag nicht so leicht hinweg kam, wie der in Berlin wohnende Herr Oertel!

Der Kampf im liberalen Lager Münchens wird kaum zur Aufstellung einer liberalen Sonderkandidatur führen. Nach verschiedenen

Spekulationen hätten die Linksliberalen nur beschlossen, sich an der Wahlarbeit nicht zu beteiligen und ihren Anhängern freie Hand zu lassen. Bei den Nationalliberalen wird erwohnen, an Stelle des Kandidaten Säon, der den Stein des Anstoßes bildet, einen mehr linksstehenden Kandidaten in der Person des Herrn Müldersberger aufzustellen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Mai.

### Das sociale Kaiserthum der Hohenzollern.

„Eine von wahrhaft christlichem Geiste getragene sociale Gesetzgebung verleiht den Ruhm des sozialen Kaiserthums der Hohenzollern für alle Zeiten. . . Kein Land der Welt hat, das dürfen wir mit Stolz sagen, in ähnlicher Weise dem Grundhase zur Geltung verholfen, den wirtschaftlich Schwachen gegen Ausbeutung, Gefahren des Verfalls, Krankheit und Sichtung und die Sorge des Alters zu schützen, als gerade das unsrige. . . Unbestimmt um den kleinsten Haß einer umsturzlästernen Socialdemokratie, gegen deren Stimmen fast alle großen sozialen Reformgesetze im Reichstage durchgesetzt werden mußten, haben wir das erreicht.“

Diese Sätze liest man in einem Produkt konservativen Geistes, das in Berlin und an andern Orten zu Wahlzwecken in die Massen geworfen wird.

Welcher grobe Schwindel in der Behauptung steckt, die Socialdemokratie sei eine Gegnerin der sozialen Reformen, ist bereits gründlich genug gesagt worden. Mit demselben Rechte, mit dem man die Socialdemokratie als Gegnerin der Socialreform hinstellen vermag, weil ihr die staatliche Socialreform nicht weit genug geht, könnte man die Agrarier für Gegner des Brotwuchers erklären, weil sie gegen Zollvorlagen stimmten, die ihre weitergehenden Wünsche nicht befriedigten.

Es lohnt sich nicht, auf diesen plumpen Schwindel noch einmal die Rede zu bringen, wenn nicht soeben ein gelehrter Professor ein Buch veröffentlicht hätte, in welchem das „sociale Kaiserthum der Hohenzollern“ ganz anders gewertet wird, als es in den marxistischen Reden der reaktionären Kandidaten geschieht. In seiner im geistigen Leitartikel gewürdigten „Neuen Staatslehre“ schreibt der berühmte Wiener Jurist Anton Wengert wörtlich das Folgende:

„. . . die Regierungen, gleichviel welche Staatsform in ihren Ländern bestehen mag, müssen sich daran gewöhnen, in der sozialen Bewegung eine fortschreitende Machteroberung durch die besitzlosen Volksklassen zu erblicken. . . Mit gutem Grund hat das Proletariat aller Länder eine solche fortschreitende Machtentwicklung seit jeher höher geschätzt als die bloße Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern. Deshalb ist die Stellung des Arbeiterstandes zu der geltenden Staatsordnung in England und Frankreich viel günstiger als in Deutschland, wo der Staat zwar in der Arbeiterversicherung ein großes System wirtschaftlicher Fürsorge zu Gunsten der arbeitenden Volksklassen entwickelt, zugleich aber durch Ausnahmengesetze und Polizeidruck jenen natürlichen Prozeß der Machteroberung fortwährend gehemmt hat. Denn die den Arbeitern gewährte wirtschaftliche Fürsorge kann jederzeit durch Lebensmittelzölle, Steuerbefreiungen, Ausfuhrprämien und ähnliche den oberen Klassen gewährte Begünstigungen wieder verringert oder gar aufgehoben werden; eine gesicherte und staatlich anerkannte Machtstellung ist dagegen für die unteren Volksklassen ein Vorteil, aus dem für sie fortwährend neue politische und ökonomische Fortschritte hervorgehen.“

Wenn die herrschenden Klassen aus dem bisherigen Socialreform, das ihnen ja, nach Bismarck's berühmtem Geständnis, ohnehin nur die Furcht vor der Socialdemokratie abgepreßt hat, ein ewiges Bevormundungsrecht über die arbeitende Klasse ableiten, so wird ihnen auf diese herrenreiche Annahme das Volk am Wahltag die gebührende Antwort sagen. —

Zur Geschichte des Druckfehlers in der Krankenkassen-Rovelle übernimmt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Auslassung der „Nationallib. Korrespondenz“, die unsre Darstellung ergänzt und sich unserer Auffassung anschließt:

„In den zuerst durch die Presse bekannt gewordenen Mitteilungen über den leidigen Druckfehler in der Rovelle zum Krankenkassen-Gesetz sind unrichtige Angaben über den ganzen Vorgang gemacht worden. In jenen Berichten heißt es:

„Es lautete nach Seite 32 des vom Abg. Hofmann-Dillenburg erstatteten Kommissionsberichtes der in der Kommission angenommene Antrag dahin, daß ein Krankengeld bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes bewilligt werden kann. In der Zusammenfassung der Kommissionsbeschlüsse ist dann daraus „bis zur Höhe“ geworden, und dieser Druckfehler ist in die endgültigen Beschlüsse des Reichstages übergegangen.“

Diese Darstellung weist chronologische Fehler und Lücken auf. Der wirkliche Hergang ist vielmehr folgender: Die Zusammenfassung der Änderungen zum Krankenkassen-Gesetz nach den Kommissionsbeschüssen wurde schon am 9. April unter Nr. 936 der Reichstags-Drucksachen verteilt und enthielt auf dem Titelblatt die Fußnote:

Der Bericht der XXII. Kommission — Nr. 936 der Drucksachen — wird nach Feststellung desselben am 15. April mit möglichster Beschleunigung verteilt werden.

In dieser am 9. April verteilten Zusammenfassung der Kommissionsbeschlüsse ist aber auf Seite 23 der Druckfehler „bis zur Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes“ bereits enthalten; er ist also nicht erst nach dem durchaus korrekten und sorgfältig bearbeiteten Bericht des Abg. Hofmann-Dillenburg in die Zusammenfassung der Kommissionsbeschlüsse hinübergegangen. Der Kommissionsbericht, der nach dem 15. April zur Verteilung gelangte, giebt den Kommissionsbeschluß zu § 21 ganz richtig wieder, verbessert also hier bereits den in der Zusammenfassung der Kommissionsbeschlüsse aufgetretenen Druckfehler. Die Feststellung dieser Thatfache erscheint uns zur Beurteilung der ganzen Sachlage von wesentlicher Bedeutung. Sodann wurde der Druckfehler nach dem Erscheinen des Berichts ebenfalls in einer Reichstags-Drucksache zu Nr. 936 konstatirt. Diese „Druckfehler-Berichtigung“ lautet:

In den Kommissionsbeschlüssen VIII Ziffer 2a der Zusammenfassung — zu Nr. 936 der Drucksachen — Seite 23 befindet sich ein Druckfehler. Es muß dort heißen — statt „Höhe“ — „Hälfte“ (cf. Bericht Nr. 936 Seite 23 vorletzte Zeile und Seite 23 letzter Absatz dafelbst).

Ob freilich diese Berichtigung den Mitgliedern des Reichstages noch während der zweiten und dritten Lesung der Rovelle vorlag, vermögen wir nicht zu sagen. Jedenfalls ist sie im Verlauf der Reichstagsverhandlungen nicht erwähnt worden, da der Präsident wie die Abgeordneten sich in gutem Glauben befanden, daß es sich bei der Abstimmung über die Ziffern, welche auch den § 21 enthielten, um Annahme der richtigen Kommissionsbeschlüsse, wie sie der Kommissionsbericht enthielt, handelte. Die Schwereigkeiten entstehen erst dadurch, daß der am 9. April in der Zusammenfassung aufgetretene, aber durch den Kommissionsbericht, der nach dem 15. April erschien, bereits korrigierte und dann zum zweitenmal in jener Druckfehler-Berichtigung verbesserte Druckfehler dann in der endgültigen Zusammenfassung über die Beschlüsse der entscheidenden Dritten Lesung in der Reichstags-Drucksache Nr. 978 wieder zum Vorschein kam, aber sofort durch folgende „Druckfehler-Berichtigung“ — eigentlich nun zum drittenmal — verbessert wurde:

In Nr. 978 ist auf S. 3 unter X 2a Zeile 5 an Stelle des Wortes „Höhe“ zu setzen das Wort „Hälfte“.

Wir haben bereits unserer Vermutung Ausdruck verliehen, daß dem Bundesrat der richtige, dreimal verbesserte Text der Rovelle vorliegt; denn es handelt sich hier in der That nur um einen fatalen Druckfehler, der sich wie eine parlamentarische Erbkrankheit bis in die

**Entscheidende dritte Lesung** hinsichtlich, ohne daß jemand während der Beratung auf diesen heimatlichen Druckfehler aufmerksam gab. Trotzdem vernehmen wir leinewegs die formellen Bedenken, welche sich gegen die Sanktionierung der Novelle durch den Bundesrat und gegen deren amtliche Publikation infolge des vorgelassenen Druckfehlers erheben, aber wir sind der Meinung, daß alle in Betracht kommenden gesetzgeberischen Faktoren in materieller Hinsicht völlig einig sind, daß der Reichstag den betreffenden Absatz zu § 21 nach der richtigen Fassung des Kommissionsberichtes annehmen wolle und angenommen hat.

**Evangelische Bekenntnisse.** Im Zweigverein Berlin des Evangelischen Bundes äußerte auf der diesjährigen Generalversammlung am Mittwoch der Vorsitzende Prof. Schmidt sein Bedauern, daß bei den Ehrenbezeugungen an den Papst über das Maß des wirklich notwendigen hinausgegangen und dadurch das Empfinden des evangelischen Volkes verletzt worden sei.

Das Bedauern wird nichts helfen. Centrum ist Trumpf! —

**Württembergische Einkommensteuer-Reform.** Stuttgart, 14. Mai. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute bei Beratung des Einkommensteuer-Gesetzentwurfes die Kommissionsanträge zu Artikel 18 und 19 mit 72 gegen 6 Stimmen — letztere der Socialdemokraten — an. Danach beträgt der Maximalsteuersatz 5 Proz. bei einem Einkommen von 200 000 M., während die Erste Kammer einen Maximalsteuersatz von 4 1/2 Proz. bei einem Einkommen von 100 000 M. festgesetzt hatte. Der Finanzminister hatte namens der Regierung die Zustimmung derselben zu diesen Anträgen und die Hoffnung ausgesprochen, daß auf dieser Grundlage eine Einigung mit der Ersten Kammer erzielt werden möge.

**Berichtigung.** In meinem Zeitartikel „Eine Staatslehre des Socialismus“ (Nr. 111 d. Bl.) muß es in der ersten Zeile der zweiten Spalte statt „Reiheit“, „Wohheit“, in der siebenten Zeile von unten der dritten Spalte statt „zu eifrigen Gegner“, „so eifrigen Gegner“ heißen.

## Ausland.

### Fabrikinspektor Dr. Schuler.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Nach Wörliohofen, dem tüchtigsten deutschen Fabrikinspektor, ist nun Dr. Schuler, der tüchtigste Fabrikinspektor in der Schweiz, und zwar ebenfalls, wie jener, kurze Zeit nach dem Austritt vom Amte, verstorben. Vor einigen Tagen erlitt er einen Schlaganfall, dem bald der Tod folgte.

Dr. Schuler hatte anfangs der fünfziger Jahre an den Universitäten Zürich, Würzburg, Prag, Wien und Paris Medizin studiert und sich sodann als praktischer Arzt in der kleinen glarnerischen Dörfergemeinde Wollis niedergelassen. Im Jahre 1867 wurde er in die Dreier-Kommission zur Durchführung des 1864 geschaffenen Fabrikgesetzes des Kantons Glarus gewählt. Mitte der sechziger Jahre nahm er hervorragenden Anteil an den Arbeiten zur Vorbereitung des eidgenössischen Fabrikgesetzes. Als dann das Fabrikinspektoralat geschaffen wurde, ging er aus der Zahl von 112 Bewerbern als Fabrikinspektor des ersten Aufsichtsbezirktes hervor. Die ersten Jahre seiner beruflichen Amtstätigkeit boten schwierige Aufgaben, denn es galt das Mißtrauen der Arbeiter wie der Fabrikanten gegen die neue Einrichtung zu überwinden, was ihm im Laufe der Jahre auch mit gutem Erfolg gelang und wobei die Durchführung des Fabrikgesetzes fortwährend verbessert wurde. Die 12 Amtsberichte, die er für je zweijährige Perioden während seiner 24jährigen Inspektions-tätigkeit veröffentlichte, sind die besten Beweise dafür.

Neben seiner Amtstätigkeit als Fabrikinspektor half Dr. Schuler auch in wirksamer Weise bei jeder socialgesetzgeberischen Aktion mit, insbesondere in der Frage der Ausrottung der hochgradigen Phosphor- und Arsenik-Verunreinigungen. Ferner entfaltete Dr. Schuler eine reiche literarische Tätigkeit, wobei ihm als Mediziner die Hygiene immer am nächsten lag. Von seinen bezüglichlichen Publikationen im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte seien erwähnt: „Die Gesundheitsverhältnisse der Fabrikbevölkerung in der Schweiz“, „Die Ernährung der Fabrikbevölkerung und ihre Mängel“, „Die Fabrikwohnhäuser in der Schweiz“, „Der Normal-Arbeitsstag in seinen Wirkungen auf die Produktion“, „Die sozialen Zustände in der Seidenindustrie der Ostschweiz“, „Die Arbeitslose in industriellen Betrieben“ usw. Zahlreiche wertvolle Beiträge aus seiner Feder enthalten die verschiedenen Jahrgänge von Braun's „Archiv der socialen Gesetzgebung und Statistik“. Wenige Wochen vor seinem Tode hat er noch eine Arbeit über die Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes in Druck gegeben, die von eingeweihter Seite als sein größtes Werk bezeichnet wird und auf deren Erscheinen man daher gespannt sein darf.

Die schweizerische Republik hat bekanntlich keine Orden und Titel zur Ehrung verdienter und verdienstvoller Männer zu vergeben, aber sie kann dennoch der wohlverdienten Anerkennung äußeren Ausdruck geben und so überreichte vor Jahresfrist der Bundesrat dem aus dem Amte geschiedenen ersten schweizerischen Fabrikinspektor Dr. Schuler einen prächtigen goldenen Becher mit entsprechender Widmung. Die organisierte Arbeiterschaft aber, die die Verdienste des Verstorbenen um die Durchführung und Förderung des Arbeiterschutzes zu würdigen versteht, wird ihm allezeit ein dankbares Andenken bewahren.

### England.

**Erfolgswahl.** London, 11. Mai. (Fig. Ver.) Durch das Absterben des konservativen Abgeordneten und Ackerbau-Ministers R. W. Hanbury ist eine Nachwahl in Preston nötig geworden. Der Wahlkreis gehörte seit vielen Jahren der konservativen Partei, so daß die Liberalen bei den Hauptwahlen im Jahre 1900 keinen Gegenkandidaten aufstellten. Jetzt kandidieren dort Mr. Kerr (L) und Genosse John Hodges, Sekretär der Stahlarbeiter in Manchester und Mitglied der Independent Labour Party. Die Lage in Preston hat demnach eine gewisse Neulichkeit mit der in Woolwich. Die Liberalen haben gestern beschlossen, den Arbeiterkandidaten zu unterstützen. Hodges war Delegierter auf den internationalen socialistischen Kongressen in Zürich (1893), London (1896) und Paris (1900). Die Wahl wurde auf Donnerstag, den 14. Mai, angelegt.

### Italien.

**Eine Alimentationsklage gegen das Königshaus.** Rom, den 10. Mai. (Fig. Ver.) In einem interessanten Prozeß ist vor dem Römischen Civilgericht eine vorläufige Entscheidung gefallen. Die Gräfin Carolina Gatti Ercolani hat im Februar dieses Jahres gegen das königliche Haus Italiens Civilklage angeschlossen, die Schadenersatz für die ihr aus ihrer unehelichen Mutterstamm-entfremdung resultierende und um Erziehungsgelder für ihren jetzt zwanzig-jährigen Sohn. Die Civilklage, die einem alten Adelsgeschlecht Volognas entstammt, giebt an, in ihrem 17. Lebensjahre von König Humbert I. verführt und geschwängert worden zu sein. Ihr Sohn wurde von ihr allein erzogen und alle ihre Wünsche um Erziehungsgelder blieben unbeachtet. Wesentlich unterschätzt das italienische Recht die Erforschung der Vaterschaft. Doch steht dem wechselnden und auch dem im Gebrauch gezeigten Kinde oder seinem Vertreter das Recht zu, auf Alimentationsgelder zu klagen, wenn die Vaterschaft aus einer ausdrücklichen schriftlichen Erklärung des Vaters hervorgeht (§ 1033). Es scheint nun, daß eine derartige Erklärung in der That vorliegt, da die Civilklage mit ihrer Klage nicht abgewiesen wurde, sondern durch das heutige Erkenntnis auf-gefordert wird, Dokumente vorzulegen, die ihr Alter und ihren Civilstand zur Zeit der Empfängnis beweisen. Bemerkenswert ist, daß keine Römische Zeitung von dem Prozeß Notiz nimmt und von den bürgerlichen Blättern der Provinz eine Ledart verbreitet wird, nach der eine jetzt in den sechziger Jahren lebende Gräfin Ercolani gegen das königliche Haus Civilklage angestrengt hätte, um aus der Privatkapitulation des Königs für Geldauswendungen entschädigt zu werden, die ihr verstorbenen Mann während der italienischen Befreiungskriege gemacht haben soll. In Wirklichkeit dreht es sich aber bei der Klage um die von uns hier angegebenen Forderungen.

### Russland.

**Tipis,** 14. Mai. Die Zeitung „Kawkas“ meldet im amtlichen Teil unterm 10. Mai: Um 10 Uhr morgens begannen in den

Hauptstraßen Gruppen von Arbeitern zu erscheinen, deren Zahl bald auf mehr als 1000 stieg. Gegen mittag schickten sich etwa 100 Arbeiter an den Golowinski-Prospekt zu durchziehen. Die Polizei schritt sofort ein und bewirkte, daß in zehn Minuten die Ruhe wieder hergestellt war. Bei dem Zusammenstoß wurden 63 Personen verhaftet; 30 von ihnen wurden wieder freigelassen, die übrigen mit Haft bestraft. Schwere Verletzungen kamen bei dem Zusammenstoß nicht vor.

### Türkei.

**Die Balkanwirren.** Das Wiener „Freundenblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Danev. Danev erklärte bezüglich der Möglichkeit einer kriegerischen Entwicklung, er könne die bestimmteste Versicherung geben, daß seitens Bulgariens nichts geschehen werde, um eine solche Wendung zu provozieren. Der Ministerpräsident fuhr fort: „Ich gebe mir Mühe, zu verhindern, daß wir Aspirationen nach Mazedonien haben, doch achten wir die Souveränität der Türken, nur wollen wir bessere Verhältnisse für unsre Nationalen in Mazedonien und streben namentlich die Durchführung des Berliner Vertrages an. Daher betrachten wir die macedonische Frage als Sache der Mächte, als eine Frage, die unsrer kleinen Völk allein nicht lösen kann. Die Unruhen in Mazedonien halte ich für eine Folge des Umstandes, daß die von Despreich-Lugan und Ausland empfohlenen und von der Türkei angenommenen Reformen noch immer nicht durchgeführt sind. Die Ereignisse in Saloniki werden in Bulgarien einmütig verurteilt. Das dort verwendete Dynamit ist möglicherweise auch aus Bulgarien eingeschuggelt, doch ist dafür die bulgarische Regierung nicht verantwortlich. Die Grenze wird streng überwacht, ein hermetischer Abschluß ist jedoch unmöglich. Die Maßnahmen und Ausschreitungen gegen die Bulgaren in Mazedonien tragen dazu bei, Aufregungen im Lande hervorzurufen und verschärfen jedenfalls die Gegensätze.“

**Konstantinopel,** 13. Mai. (Meldung des „Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau“.) Die Wiedereröffnung der Bazare und Magazine in Monastir hat gestern begonnen. Etwa ein Drittel derselben wurde bis heute geöffnet. Bis zur vollständigen Wiederaufnahme des Handels und Verkehrs dürfte noch einige Zeit vergehen. Nach den übereinstimmenden letzten Konsularmeldungen ist die Erbitterung der Türken und die Beunruhigung der Christen infolge der letzten Vorfälle noch immer groß und auch im Vilajet bemerkbar.

### Afrika.

**Die Unruhen in Marokko.** Nach den letzten Nachrichten aus Tetuan haben die in der Stadt liegenden Truppen einen erfolgreichen Ausfall gemacht. — Entana, der Hofkammerer des Sultans, hat sich über Melilla nach Ujda an der algerischen Grenze in einer Friedensmission begeben.

**Tanger,** 14. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Aus Tetuan eingegangene Nachrichten bestätigen den Sieg der Regierungstruppen. Ein englischer Dampfer ist mit Verstärkungen und Munition dorthin abgegangen.

### Australien.

**Der Eisenbahnerstreik in Victoria** findet nicht nur bei den australischen Gewerkschaften, sondern auch in bürgerlichen Kreisen Unterstützung, da das Eisenbahnwesen der Kolonie viel zu wünschen übrig läßt. Der stellvertretende Regierungskommissar Fitzpatrick stand zwar, wie der „Morning Leader“ berichtet, nominell an der Spitze des Dienstes, aber der Minister hob seine Autorität beiseite und verlangte von ihm Ersparnisse und Reformen, gegen welche jener und alle verantwortlichen Beamten des Departements protestierten. Güterzüge wurden vom Fahrplane gestrichen und Personenzüge mußten deren Arbeit thun. Die Folge davon war, daß jeder Personenzug auf dem Lande ein bis zwei Stunden Verspätung hatte. Dies und der Umstand, daß viele verhungerte Schafe und Kinder aus den von der Dürre heimgekehrten Gegenden des Nordens nach der Küste transportiert werden mußten, führte zu einer Anzahl Unfälle. Der Minister beschuldigte die Eisenbahner, daß sie sich verschworen hätten, der Eisenbahn Schaden zuzufügen, und er drohte täglich in den Zeitungen, er werde sie mit Strafen belegen. Als die Dürre weiter andauerte und der gewöhnliche Güterverkehr zusammenschrumpfte, nahm Herr Benn eine weitere Verstärkung der Truppen der Eisenbahner vor, trotz der Tatsache, daß infolge der Dürre alle Lebensmittel ungewöhnlich teuer waren.

Dann kam eine neue Regierungsmahregel, wonach Civilbeamte und Eisenbahnbedienstete in den Wahlkreisen ihr Stimmrecht verloren und ihnen verächtlicher Weise das Recht gegeben wurde, zwei oder drei eigne Vertreter zu ernennen, die einen niederen Status als die Abgeordneten im Parlamente haben würden. Der Minister verspottete die Eisenbahn-Bediensteten noch weiter, und diese konnten ihre Stimme nicht in der Presse vor Melbourne geltend machen, da die beiden dortigen Blätter neue Steuern auf Grund- und Hausbesitz befürchteten, was nötig werden würde, wenn die Finanzen ohne erbarungslose Ausbeutung der Staatsangestellten geregelt werden sollten. Die Leute wurden thatsächlich zur Rebellion geführt. Das Verbot ihres Eintritts in die Trades Hall war nur ein Jammer in das Magazin, in welchem sich schon lange Jandstoffs angehäuft hatte.

**Melbourne,** 13. Mai. Das Parlament der Kolonie Victoria trat heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über einen von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Unterdrückung des Ausstandes der Eisenbahnangestellten zu beraten. Premierminister Irvine erklärte, das Land stehe einer lange vorbereiteten Revolte gegen die Behörden gegenüber. Man müsse den Kampf bis aufs äußerste durchführen. Der Gesetzentwurf sieht sehr strenge Maßregeln und für die Teilnahme an Ausstände eine Strafe von hundert Pfund Sterling oder einem Jahre Gefängnis vor.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Arbeitswille für Jerslohn.

Die Werbungen der Jerslohn-Fabrikanten machen sich auch in Berlin bemerkbar, und zwar wie es scheint nicht ohne Erfolg. Ein günstiger Wind wehte uns ein Schreiben zu, welches die Jerslohn-Firma Kissing u. Röhlmann an einen Arbeitswilligen in Berlin gerichtet hat. Der Brief, der einen interessanten Einblick in die Methode der Anwerbung von Arbeitswilligen gestattet, lautet: Jerslohn, 12. Mai 1903.

#### Herrn . . .

Antwortlich Ihrer w. Karte vom 11. d. M. wollen wir Sie zu dem von Ihnen geforderten Lohn, M. 21.— p. Woche, engagieren, unter der Bedingung, daß Sie keiner Organisation angehören und hier auch keiner beitreten.

Wenn Sie hiermit einverstanden sind, wollen Sie sich bei unserm dortigen Vertreter, Herrn Rich. Bodmann, Ritterstr. 37, gegen Hinterlegung Ihrer Arbeitsbücher das Jahrgeld IV. Klasse ca. 10 M. und Jahrgeld 5 M. holen und dann am Donnerstagnachmittag 7<sup>45</sup> ab letzter Bahnhof über Hannover, Hameln nach Lina fahren, wo Sie sich bei einem Herrn in Radfahrerkleidung, der auf dem Bahnhof sein wird, melden wollen. Mit diesem fahren Sie dann nach hier.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß Sie hier Kost und Logis leicht finden werden.

Es werden noch einige andre Arbeiter mit demselben Zuge kommen.

#### Hochachtung

Kissing u. Röhlmann.

Abteilung I.

Man sieht, daß sich die Fabrikanten mit liebevoller Sorge um ihre Arbeitswilligen bemühen. Mögen die Arbeiter die Augen offen halten und dafür sorgen, daß kein Arbeitswilliger nach Jerslohn geht.

**Achtung, Reffelschmiede, Sämische und Hilfsarbeiter!** Bei der Firma Lange u. Gehrlen in Ottenen haben 80 Reffelschmiede, Sämische und Hilfsarbeiter wegen erbärmlicher Lohnverhältnisse die

Arbeit niedergelegt. Die Firma sucht hier in Berlin und hauptsächlich in Charlottenburg Arbeitswille zu werben. Wir warnten unsere Kollegen sich als Arbeitswille anwerben zu lassen. Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung, Berlin.

**Eisendreher!** Sämtliche Dreher der Carwin-Maschinenfabrik, Drontheimerstraße, haben, weil ihnen ihr Lohn bei Accordarbeit nicht garantiert wird, die Arbeit niedergelegt. Es ist dort vorgelommen, daß Dreher 18 M. in 60 Stunden verdient haben, trotzdem ihr Stundenlohn auf 40—45 Pf. festgesetzt ist. Zu allen übrigen Abteilungen der Fabrik wird der Lohn bei Accordarbeiten gezahlt, nur den Drehern sagte man, ihr Verlangen bedeute eine Prämie auf die Gesundheit. Zugun von Dreher ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung, Berlin.

**Der Streit in der Cigarettenfabrik Garbath** ist dadurch beendet, daß die Firma die Forderungen der Arbeiter annahm. Die Einigung erfolgte in der Weise, daß Verhandlungen zwischen einer Kommission des Vereins Deutscher Cigarettenfabrikanten einerseits und dem Deutschen Tabalarbeiter-Verein andererseits stattfanden, die dazu führten, daß die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt wurden.

**Achtung! Bürsten- und Pinselmacher!** Seit kurzer Zeit werden die Unternehmern von der städtischen Desinfektionsanstalt mit den zur Desinfektion gefandten Vorsten und Haaren mit der Begründung abgewiesen, daß die Vorsten und Haare nicht vorchriftsmäßig durch strömenden Wasserdampf mit 0,15 Atmosphären Ueberdruck desinfiziert werden können, da die Einrichtungen der Anstalt nur einen Ueberdruck von 0,8 Atmosphären haben. — Da in Berlin keine anderen Desinfektions-einrichtungen vorhanden sind, so bleibt den Unternehmern nichts übrig, entweder nur desinfizierte Vorsten und Haare zu kaufen, oder das zweite vorchriftsmäßige Mittel, zweifelhafte Kochen der Vorsten und Haare anzuwenden. — Sollten die Vorschriften im allgemeinen nicht beachtet werden, so sind die Kollegen verpflichtet, jede Umgehung der Bundesrats-Verordnung dem Obmann der Bürstenmacher-Kommission, F. Bauer, Schwimmbadstr. 49, zu melden, um nötigenfalls Abhilfe zu schaffen. Die Werkstatt-Kontroll-Kommission des Holzarbeiter-Verbandes.

### Deutsches Reich.

#### Die Bauarbeiter-Ausperrung in Dresden.

von der wir gestern eine kurze Mitteilung brachten, hat, wie wir aus der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ sehen, folgende Vorgeschichte: Infolge der großen Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren in Dresden herrschte, drückten die Unternehmer den Lohn der Maurer und Zimmerer, der 1899 45—50 Pf. betrug, auf 40—43 Pf. herab. Nach einem Beschluß des Unternehmer-Vereins sollten zwar 40—45 Pf. Stundenlohn bezahlt werden, jedoch wurden die Maurer und Zimmerer auf sehr vielen Baustellen mit dem niedrigsten Satz von 40 Pf. entlohnt. In letzter Zeit gingen die Geschäfte besser, die Organisation der Arbeiter erstarkte — 90 Proz. der Dresdener Maurer und Zimmerer sind organisiert — und die Arbeiter stellten deshalb nacheinander auf verschiedenen Baustellen die Forderung auf 45 Pf. Stundenlohn, die auch auf einer Reihe von Bauten bewilligt wurde. Etwa 1800 Maurer hatten den Mindestlohn von 45 Pf. erreicht, über solche Arbeitsstellen, welche den Lohn nicht bewilligten, wurde die Sperre verhängt. Die Unternehmer-Vereinigung wollte nun einen Vertrag mit der Organisation der Arbeiter abschließen, wonach der bereits bewilligte Lohn von 45 Pf. auf 43 Pf. herabgesetzt werden und außerdem Accordarbeit eingeführt werden sollte, für die aber keine festen Sätze im Tarif vorgesehen werden sollten. Die Arbeiter dagegen stellten das ganz berechtigte Verlangen, daß der Stundenlohn von 45 Pf. für dieses Jahr durch Vertrag festgelegt werde. Ein solcher Vertrag kam aber nicht zu stande, denn die Unternehmer brachen die Verhandlungen mit den Arbeitern ab. Die am 7. d. M. abgehaltene Generalversammlung des Arbeitgeber-Verbandes, welche die Ausperrung verhängte, beschloß, daß der Lohn für Maurer und Zimmerer 44 bis 46 Pfennig, für Bauhilfsarbeiter 30 bis 35 Pfennig betragen solle. Der von den Maurern und Zimmerern geforderte Stundenlohn erreicht also noch nicht einmal die Höchstgrenze dessen, was die Unternehmer zu zahlen beschloffen haben. Differenzen über die Lohnhöhe bestehen demnach gar nicht zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Ausperrung ist lediglich deshalb verhängt, weil die Arbeiter einige Bauten, wo die Unternehmer sich weigern, 45 Pf. Stundenlohn zu zahlen, gesperrt haben. Die Unternehmer verlangen die Aufhebung der Sperren, sie wollen also, daß die Arbeiter wehrlos denjenigen Unternehmern gegenüberstehen, welche den vom Arbeitgeber-Verband selbst für angemessen gehaltenen Lohn nicht zahlen. Der Arbeitgeber-Verband, der eine dauernde Vereinbarung auf 45 Pf. Stundenlohn und damit Frieden mit den Arbeitern haben konnte, hat also einen frivolen Kampf vom Jaun begonnen, der kein andres Ziel hat, als die Arbeiter von dem Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuschließen und feldherrlich festzusetzen, unter welchen Bedingungen gearbeitet werden soll. Der Dresdener Bauarbeiter-Verband ist dem Beispiel der Unternehmer anderer Orte gefolgt. Er hat eine Machtprobe veranstaltet und die Arbeiter gezwungen, den Kampf für ihre Existenz und für ihr gutes Recht aufzunehmen. — Es gilt nun für die Bauarbeiter allerorts, ihren Dresdener Arbeitsbrüdern gegenüber Solidarität zu üben und dafür zu sorgen, daß kein Maurer, Zimmerer oder Bauarbeiter nach Dresden geht. — Die Unternehmer suchen in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte. Man achte darauf und halte den Zug nach Dresden fern.

#### Die Ausperrung in Firmasens.

Ueber die letzten Vorgänge in Firmasens wird uns geschrieben: Die Hoffnung, daß es gelingen werde, in absehbarer Zeit einen Frieden zwischen den Unternehmern und den ausgesperrten Arbeitern herbeizuführen, hat sich als eine trügerische erwiesen. Nachdem verschiedene Einigungsversuche an dem Starbinn der Unternehmer gescheitert waren, stellten sich die Fabrikanten hinter die umorganisierten Ausgesperrten und diese thaten ihnen den Gefallen, sie in einer Resolution, die in einer von Lehrbuben, Werkmeistern, Vorarbeitern, Fabrikarbeitern, Fabrikanten und ähnlichem Völk besetzten Versammlung gefaßt wurde, sie um Doffnung der Fabriken zu ersuchen. Die Fabrikanten beickten sich, diesem Verlangen zu entsprechen. Sie forderten in Maueranschlägen alle umorganisierten Arbeiter und jene, welche aus den Organisationen auszutreten beabsichtigten, auf sich bekuhs Wiederaufnahme der Arbeit bei ihren bisherigen Ausbeutern zu melden. Der Erfolg war ein recht dürftiger. Die Kerntuppe der Ausgesperrten, die Zwilker, ohne die kein Saub gemacht werden kann, reagierten nicht im mindesten auf die Aufforderung hin. Nur 309 der Fabrikanten-Verein andre Seiten auf. Er ließ in den lokalen Blättern bekannt geben, daß der 3. Juni und 4. d. M. eingeführt werden solle und daß er in die Einigung eines Schiedsgerichts wolle. Dem omnifosen § 4 der Vereinbarungen (Auslese der Ausgesperrten) legte er gleichzeitig eine Deutung unter, die von der bisherigen Interpretation desselben wesentlich abwich, und die es den Arbeitern möglich machte, diesem Paragraphen zuzustimmen.

Eitel Jubel und Freude herrschte ob dieser verständlichen Haltung der Arbeiter in der ganzen Stadt. Sofort traten die Fabrikanten zusammen und freudig erregt ob der Nachgiebigkeit der Arbeiter beschlossen sie, das Eisen zu schmieden so lange es warm war. Hatten sie am Montag die Zahl der Opfer, die nach Wiederaufnahme des Betriebes auf der Strafe bleiben sollten, auf höchstens 50 bis 60 angegeben, so fanden sie am Dienstag, daß diese Zahl mit 100 nicht zu hochgegriffen sei. Ein Sturm der Enttäuschung aber brach in der zur Entgegennahme der Antwort des Fabrikantenvereins auf den-

elben Nachmittag einberufenen Versammlung der Ausgesperrten los als die vom Unternehmerübernat distrierte Antwort bekannt gegeben wurde. Es dauerte eine geraume Weile, bis sich Simon, der Vorsitzende des Vereins deutscher Schuhmacher, Gehör verschaffen konnte. Er ermahnte zur Ruhe und führte aus, daß nunmehr der Kampf in ein neues Stadium trete, daß er nunmehr in schärferer Weise durchgefochten werden müsse. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten die Arbeiter, daß sie es ablehnten, der von den Fabrikanten erfolgten schriftlichen Aufforderung, zur Arbeit zurückzukehren, Folge zu leisten und daß sie die Arbeit nicht eher aufnehmen würden, als dies von den Organisationen beschlossen würde.

Durch ihr Verlangen, 400 Arbeiter dauernd auszusperrten, haben die Unternehmer bewiesen, daß es sich für sie trotz ihrer wiederholten Gegenbemerkungen nur um die Vernichtung der Organisation handelt. Einen ehrlichen Frieden wollen sie nicht, das haben sie durch ihr Verhalten bewiesen.

**Friedensverhandlungen an der Unterweser.** Ueber den Konflikt auf der Tecklenborgschen Schiffwerft fanden auf Veranlassung des Geestemünder Landrats am Mittwoch und Donnerstag Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeiter und der Firma statt. Es kamen vorläufige Vereinbarungen zu Stande, die aber der Zustimmung der Arbeiter sowie des Unternehmerverbandes bedürfen. Eine Grundlage für die Beilegung des drohenden Kampfes ist somit gegeben. Den Heißblättern vom Schlege der „Post“ dürfte ein friedlicher Ausgang dieser Angelegenheit gar nicht unangenehm sein. Das berüchtigte Scharfmacherorgan hat noch soeben im Verein mit anderen arbeitersfeindlichen Blättern die Vorgänge an der Unterweser zu einer schamlosen Hege gegen die Gewerkschaften benutzt. Zu diesem Zweck mußten natürlich die Thatsachen verdreht und so zurecht getrimmt werden, wie sie den Absichten der Heißblätter entsprechen. Die „Post“ leistet sich in einem kurzen Artikel an böswigen Entstellungen und Verdrehungen mehr, als man in spaltenlangen Auseinandersetzungen widerlegen kann. Um nur eine der vielen Schwindeleien der „Post“ zu erwähnen, sei darauf hingewiesen, daß sie die Aussperrungen in Jerslohn, beim Vulkan, ebenso wie die noch nicht ausgeführte aber beschlossene Aussperrung der Tecklenborgschen Arbeiter unverfroren in Streiks umläßt. Angesichts so böswilliger Fälschungen wäre jedes Wort der Erwidernng unfruchtbar eine Verschwendung.

## Aus Industrie und Handel.

**Die Berliner Handelskammer-Wahlen** beschäftigten am 11. Mai das Ober-Verwaltungsgericht. Zur Entscheidung stand erstens die Frage, ob da, wo schon eine kaufmännische Korporation besteht, wie sie in Berlin die Kellerei der Kaufmannschaft darstellt, eine Handelskammer überhaupt ins Leben gerufen werden könne. Weiter handelte es sich darum, ob das Wahlverfahren berechtigt worden sei und dies die Ungültigkeit der Wahlen nach sich ziehe. — Der Klage des Stadtverordneten Rosenow, die Wahlen der 3. Abteilung für ungültig zu erklären, hatte der Bezirksauswahlschuß stattgegeben, während er die Klagen der Firmen Herzog und Hellriegel auf Ungültigkeit der Wahlen in der 1. und 2. Abteilung aus formellen Gründen abwies.

In der Begründung des Urteils, wodurch die Wahlen der 3. Abteilung für ungültig erklärt worden waren, wurde unter anderem ausgeführt: Auch an den Orten, wo bereits eine kaufmännische Korporation besteht, wie in Berlin, könne eine Handelskammer errichtet werden. § 44 des Handelskammer-Gesetzes lasse darüber keinen Zweifel. Die in richtiger Weise angeforderten Wahlen der 3. Abteilung müßten jedoch für ungültig erklärt werden, weil erheblich gegen die Bestimmungen über das Wahlverfahren verstoßen worden sei. Wenn der Wahlakt sich aus an verschiedenen Tagen vollziehe, so müsse er doch ein einheitlicher sein. Somit wäre es erst nach Schluß der Wahl zulässig, die Wahlzettel zu öffnen und zu zählen. Durch die an jedem Wahltage vorgenommene Öffnung und Zählung der abgegebenen Stimmzettel sei nun hier das Wahlverfahren unterbrochen und der Grundfab der Einheitslichkeit des Wahlfalles verliert worden. Dann seien über das Ergebnis der einzelnen Tage keine unterzeichneten Protokolle geführt worden, sondern es lägen nur Notizen darüber vor, die rechtlich keine Bedeutung hätten. Und schließlich sei ein Verstoß gegen die dem Wahlvorstande obliegende Pflicht zur Geheimhaltung der vorläufigen Wahlergebnisse als festzustellen anzusehen, weil Dritten an jedem Wahltage, also vor Beendigung der Wahl, Mitteilung über das vorläufige Ergebnis gemacht worden sei.

Dies Urteil wurde gleich den Urteilen in Sachen der 1. und 2. Abteilung durch Revision beim Ober-Verwaltungsgericht angefochten.

In der gestrigen Verhandlung vor dem dritten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts war in der Sache Rosenow kontra Handelskammer Herr Rosenow durch die Rechtsanwältin Dr. Heinemann und Dr. Fuchs, die Handelskammer durch Justizrat v. Simon und der in Betracht kommende Reformminister durch den Geheimrat Busenfi als Kommissar des öffentlichen Interesses vertreten.

Nach 4 1/2 stündiger Verhandlung und Beratung hob das Ober-Verwaltungsgericht zwar die Vorentscheidung auf, aber nur deshalb, weil die Gewählten nicht zum Verfahren geladen worden waren, und verwies die Sache an den Bezirksauswahlschuß zurück. Gleichwohl mußte das Ober-Verwaltungsgericht rechtlich der Sache näher treten, um herauszubekommen, ob die Unterlassung der Ladung ein wesentlicher Mangel des Verfahrens überhaupt sei. In rechtlicher Beziehung stellte sich aber der Senat gleich dem Bezirksauswahlschuß auf den Standpunkt, daß nach dem Gesetz über die Handelskammern und insbesondere der Novelle von 1902 Handelskammern auch in Orten errichtet werden könnten, wo schon anderweitige kaufmännische Korporationen beständen. Ferner erklärte das Ober-Verwaltungsgericht die Kassierung der Wahl aus den Gründen des Bezirksauswahlschußes für gerechtfertigt. — Nach diesem Urteil erscheint die Zurückweisung an den Bezirksauswahlschuß als eine reine Formsache. Es wird unter Hinzuziehung der Gewählten genau ebenso entschieden werden, wie das erste Mal.

Die Revision der Klagen aus der 1. und 2. Abteilung wurde verworfen. Der Senat bestätigte ihre Abweisung durch den Bezirksauswahlschuß aus dem schon vom Bezirksauswahlschuß geltend gemachten Grunde, daß ihr der Klage zu Grunde liegender Einspruch ein bedingter gewesen sei, weil sie ihn erhoben „für den Fall“, daß die Wahlen der 3. Abteilung für ungültig „erklärt würden“. Solche bedingte Einsprüche seien unzulässig und könnten nicht die Grundlage eines Verwaltungsstreit-Verfahrens bilden.

**Kartell-Enquete.** Die beendeten Verhandlungen über das weisfällische Coalsyndikat sind, wie wir von unterrichteter Seite hören, keineswegs so ruhig verlaufen, wie jene über die Praxis des Kohlen-syndikats. Von den Eisenindustriellen wurden heftige Beschwerden über die Preispolitik des Coalsyndikats erhoben, besonders über die Hochhaltung der Hochofen-Coalpreise nach dem Eintritt der Krise.

**Stettiner „Vulkan“.** In der gestern in Bredow abgehaltenen Generalversammlung waren 30 Aktionäre mit einem Aktienkapital von 254 200 M. vertreten. Die in Aussicht genommene Errichtung einer Zweigniederlassung des „Vulkan“ an der Nordsee gab wieder Anlaß zu einer lebhaften Debatte, an der sich die Herren Dr. Delbrück, Georg Manasse, Kommerzienrat Stahl und Geh. Kommerzienrat Schlutow beteiligten. Die Herren Dr. Delbrück und Manasse hielten ihren energischen Widerspruch gegen die geplante Zweigniederlassung aufrecht. Von einer Verlesung des Geschäftsberichts wurde Abstand genommen, die Bilanz genehmigt und der Verwaltung und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die nach dem Turnus auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, die Herren Geh. Kommerzienrat Hafer und Geh. Kommerzienrat Abel, wurden durch Zuzuf wiedergewählt.

**Neue portugiesische Anleihe.** Der Finanzminister hat in der Abgeordnetenversammlung einen Gesetzentwurf eingebracht, betreffend

Emission von 200 000 Schuldverschreibungen im Nennbetrage von je 20 Pfund Sterling oder 500 Fr. mit einer Verzinsung von 5 1/2 Proz. zahlbar in Gold. Der Nennbetrag der Schuldverschreibungen wird durch Hinterlegung von Titres der dreiprozentigen inneren Schuld garantiert werden. Diese neue Anleihe soll zur Tilgung oder zum Rückkauf der früheren schwebenden Schuld und zur Regelung des Wechselverkehrs verwendet werden.

Die Nebenhitte ist laut „Breslauer General-Anzeiger“ in einem dieser Tage stattgehabten Termin an die Oberösterreichischen Coalswerke und Chemischen Fabriken für über 900 000 M. verkauft worden.

## Wahlversammlungen.

**Zweiter Wahlkreis.** Bei Gohmann in der Kreuzbergstraße fand gestern abend eine gut besuchte Wähler-Versammlung statt, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Richard Fischer, unter lebhaftem Beifall das sozialdemokratische Programm entwidelte.

Eine Wähler-Versammlung für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am Mittwoch in der „Resource“, Kommandantenstraße, in der Reichstags-Abgeordneter Wollenbuhr über die bevorstehenden Reichstagswahlen und unsere Gegner referierte. In dem ca. 1 1/2 stündigen, sehr interessanten Vortrage behandelte der Redner die Interessengegenstände der verschiedenen Bevölkerungsklassen, die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wobei er auch die veränderten Produktions- und Betriebsformen, die Bildung der Kartelle, Syndikate, Aktiengesellschaften u. d. d. h. den Einfluß beleuchtete und darauf hinwies, daß infolge dieser Erscheinungen, durch die der Gemein erbracht, daß der Sozialismus keine Utopie ist, die bürgerliche Gesellschaft eine heillose Angst bekommen hat und die Socialdemokratie mit allen Mitteln zu bekämpfen versucht. Genosse Wollenbuhr besprach sodann die Entwicklung von der Freihandels- zur Schutz-zollpolitik und insbesondere die verflochtenen Kämpfe beim Zolltarifgesetz, wobei er das Verhalten der freisinnigen Volkspartei einer eingehenden Kritik unterzog. Er erklärte dieses sonderbare Vorgehen dieser Partei, die durch ihre Führer auf den Hund gebracht worden und nunmehr nicht mehr im Hande ist, auch nur in einem einzigen Wahlkreise selbständig ein Mandat zu eringen, daraus, daß sie sich nur lediglich noch als Stütze des Centrums und vollständig abhängig von den agrarischen Parteien fühlt. Der Redner erinnerte daran, daß die freisinnige Volkspartei sich auch schon jetzt wieder als Schutztruppe der Pöläner aufspielt, indem sie das angenommene Zollgesetz als unabänderlich bezeichnet, trotzdem sie genau weiß, daß eine Abänderung wohl möglich, wie dies übrigens auch bei früheren Zollgesetzen geschehen ist und daß auf Grundlage des beschlossenen Zolltarifs ein Abschluß von Handelsverträgen schwer oder überhaupt unmöglich gemacht wird. Der Referent erörterte die Schädigung der Industrie und die außerordentlich schlimmen Folgen für die Arbeiterschaft, wenn es den Agrariern gelingt, den Abschluß von Handelsverträgen zu verhindern und die Meißbegünstigungsklausel zu beseitigen. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, am 16. Juni den Vortragsredner energisch entgegenzutreten und auch gegen die Pläne der Reaktion, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterklasse zu entrechten, Front zu machen. Genosse Wollenbuhr wandte sich sodann gegen die in Aussicht stehenden neuen Militär- und Flottenverträge, gegen die fortgesetzten weiteren Rüstungen, er forderte die Versammlung schließlich auf, dafür einzutreten, daß der 16. Juni zu einem Siegestag der Socialdemokratie wird, so großartig, daß er nicht seinesgleichen in der Geschichte aufzuweisen hat. — Brausender Beifall folgte dem Vortrage. Ohne Diskussion, da sich Gegner trotz Aufforderung nicht zum Wort meldeten, wurde sodann einstimmig eine Resolution beschlossen, in der sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklären und sich verpflichten, mit aller Energie dafür zu wirken, daß der Kandidat der Socialdemokratie W. Heine mit großer Majorität wiedergewählt wird.

**Fünfter Wahlkreis.** Eine imposante Wahlversammlung tagte am Mittwochabend im „Schweizergarten“; das geräumige Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Zunächst sprach Genosse Kurnert über die Socialdemokratie und Reichstagswahlen. Redner wies auf das ununterbrochene Wachstum hin, das die Partei seit ihrem Bestehen trotz aller Enttäuschungen, trotz Verfolgungen und trotz des Socialisengesezes aufzuweisen habe, er gab der Hoffnung Ausdruck, daß aus diesen Wahlen eine weitere Etappe in dem unaufhaltsamen Siegeszuge der Socialdemokratie bilden werden. Alsdann übte er eine rückhaltlose Kritik an der Thätigkeit des verflochtenen Reichstags.

Redner gab hierauf in scharfen Urteilen ein Bild der im fünften Wahlkreise in Betracht kommenden Gegenparteien, der Konservativen resp. Antisemiten und der Freisinnigen. Ersteren komme es hauptsächlich nur darauf an, in Handwerker- und Mittelstandskreisen Stimmensfang zu treiben. Es bleibe schon nach ihrem socialpolitischen Verhalten dabei: der Antisemitismus sei der Socialismus der dummen Kerle. Wichtiger aber sei hier schon die Stellungnahme der Freisinnigen und besonders die ihres Kandidaten Juid. Stolz bezeichne sich dieser Herr als Epigone des „Heros“ Eugen Richter. Da Richter aber nur ein Epigone der längst entschwundenen großen liberalen Zeit ist, so sei Herr Juid eben nur der Epigone eines Epigonen. Wie sämtliche Freisinnigen, so habe auch Herr Juid durch seine Passivität und Halbheit als Parlamentarier die Interessen des Volkes oft schwer geschädigt. Bei der Juidvorlage habe er rechtzeitig als Kommissionsmitglied bei der entscheidenden Abstimmung über die Eisenzölle. Ebenso bedenklich sei sein negatives Verhalten bei dem socialdemokratischen Hundert Millionen-Antrag zu Elementarschulzwecken, ferner beim „Toleranz“-Gesetz, wie auch bei der Beratung des Kinderzuschlag-Gesetzes gewesen, wo er an Liberalität von einem Regierungsvertreter übertroffen und von seinem eignen Fraktionskollegen in der Kommission desavouiert wurde.

Einem so ideologischen und dabei rückgratlosen Manne wie Juid könne und dürfe mithin kein politisch aufgestellter Wähler seine Stimme geben. Zum Schluß ging Redner dann noch ausführlich auf die programmativischen Endziele der Partei ein, womit er gleichzeitig die dreifachen Lagen der „Freisinnigen Zeitung“ widerlegte, als vermeide es die Socialdemokratie geflissentlich, in dem Wahlkampfe über diesen Programmteil zu reden. — Donnernder Beifall lohnte den Redner, als er die Anwesenden schließlich aufforderte, alles aufzubieten, damit die Partei durch Eroberung dieses Wahlkreises die bei der vorigen Wahl erlittene Schlappe wieder wegt mache.

Als zweiter Redner nahm Robert Schmidt, der socialdemokratische Kandidat des Kreises, das Wort. Er ergänzte die Ausführungen Kurnerts hauptsächlich in einer weiteren Charakterisierung der beiden Gegenkandidaten und ihrer Parteien. — Heterleit rief es hervor, als er in Bezug auf den Schulmann Juid sagte: „Es giebt Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen Deine Schulweisheit sich nichts träumen läßt.“ Das einzige Mittel, mit dem die Freisinnigen gegen die Socialdemokratie treiben gehen, sei der gefährliche Zukunftsstaat. Doch auch dieses Schreckmittel läßt immer weniger Zugkraft aus, weil sich jeder vernünftige Mensch schließlich sagen müsse, ein Zukunftsstaat, wie ihn Eugen Richter gemalt habe, könne unmöglich das Ziel der Socialdemokratie sein. Redner wies darauf hin, daß sich bedanken, an der Erklärung eines solchen Zukunftsstaates mitzuarbeiten. Was die Mittelstandsvertreter des antisemitischen Kandidaten Bruhn und dessen Vorliebe für den Befähigungsnachweis anbelangt, so meinte der Vortragende launig: Herr Bruhn würde bei Verwirklichung dieses seines Ideals sehr leicht in eine kritische Situation kommen, denn er könne wohl den Befähigungsnachweis für Ritualmordgeheimen erbringen, schwierig aber den für das Buchdruckergewerbe, welches er als Verleger gegenwärtig betreibt. Mit der ersten Mahnung, energisch zu arbeiten, damit am 16. Juni auch über dem 5. Wahlkreise das rote Banner der Socialdemokratie flattere, schloß Redner unter brausendem Beifall seine Ausführungen. —

Hierauf sprach noch der Handelsagent Flatau, der die Juden aufforderte, Mann für Mann für die Socialdemokratie zu stimmen, denn dies sei die einzige Partei, die sich mit Entschiedenheit gegen die Ausschreitungen des Antisemitismus gewandt habe. Ebenfalls im Sinne des Referenten sprach der Buchhalter Palegki. In seinem kernigen Schlußwort erinnerte der Vorsitzende Genosse Weiss, einer Anregung des Genossen Kurnert folgend, noch an einen Ausspruch des Freisinnigenkandidaten Juid, den dieser in der kürzlich stattgehabten Versammlung im Handwerker-saale gethan hat. Dort sagte dem Sinne nach Herr Juid: Das Bürgerthum müsse sich in Reich, Staat und Kommune endlich denjenigen Einfluß sichern, der seiner Intelligenz und seiner Steuerkraft entspreche. Nicht dürfe die rohe Rasse mit dem Stimmrecht in der Faust Gehege diktieren. Dieser Ausspruch charakterisiere den „Vollsmann“ Juid zur Genüge als einen inneren Feind des Wahlrechts. Wenn also die Freisinnigen diesmal wieder wie bei der vorigen Wahl ein Flugblatt loslassen unter dem Titel: „Wer ist Robert Schmidt?“, so wird man ihnen mit der Frage antworten können: „Wer ist Juid?“ Und jedermann wird dann wissen, was Juid für ein „Vollsmann“ ist.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei wurde alsdann die Versammlung geschlossen, zu der Hunderte wegen Ueberfüllung des Saales und aller Nebenräume keinen Einlaß mehr gefunden hatten.

**Die Handwerker, Pöler und Berufsangehörigen** hielten am Mittwochabend eine stark besuchte Versammlung in den Armhallen ab, in der Genosse Ferd. Vender-Regensburg über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Nach einer kurzen Ansprache des Genossen Heine, des Kandidaten des 3. Wahlkreises, lenzte die Referent in seinem Vortrage die bürgerlichen Parteien und deren reaktionäres Verhalten in der letzten Legislaturperiode während der Verhandlungen des Zolltarifs und der Krankenlängengesetz-Novelle. Was dem Proletariat bevorstehe, wisse ein jeder, wenn dasselbe nicht am 16. Juni Mann für Mann an die Wahlurne tritt und einem Vertreter der Socialdemokratie seine Stimme giebt. (Beifall.) Da sich kein Gegner zum Wort meldete, wurde über den Vortrag nicht diskutiert. Nach einem Hinweis auf die vom Verband herausgegebenen Fragebogen betreffs der Arbeitszeit im Handelsgewerbe schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

**Die Parteigenossen von Weissensee** hielten am Sonntag im Café Rettig eine Volksversammlung für die Ortschaften Alt-Weissensee, Heinersdorf und Malchow ab. In den letztgenannten Ortschaften steht uns noch kein Lokal zur Verfügung. Die Versammlung war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Das Referat hielt Freiwald aus Panlow. Herr Lehrer Berg aus Heinersdorf, welcher eine lebhaftige Agitation gegen die Socialdemokratie entfaltet, war schriftlich geladen, aber nicht erschienen. Genosse Freiwald beleuchtete in seinem Referat das Verhalten der gegnerischen Parteien im Reichstage. Zum Schluß forderte Referent die Anwesenden auf, ihre Stimme dem socialdemokratischen Kandidaten Stadthagen zu geben, wozu sich die Anwesenden bereit erklärten. In der Diskussion nahmen Feulert und Frau Hammer das Wort. Letztere wandte sich hauptsächlich an die Frauen.

**Französisch-Buchholz.** Am 9. Mai fand in Kähnes Festhale eine Volksversammlung statt, in der unser Reichstags-Kandidat Stadthagen einen Vortrag über die kommenden Wahlen hielt. Er wies in seinem trefflichen Vortrage vor allem darauf hin, daß das literarische Sudelwerk des „Ehrenmannes“ Fischer auch in unserm Kreise wieder gegen uns ausgepielt wird. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall belohnt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Treue deutsche Unterthanen.**  
Mex., 14. Mai. (W. T. U.) Anlässlich der Einweihung des neuen Christus-Portals an der Regier Kathedrale richtete der Kaiser an den Bischof Benzler-Mey folgende Worte:  
Es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihnen, hochwürdigster Bischof, das nunmehr vollendete Portal des Regier Domes übergeben zu können. Ein Meisterwerk der Architektur wie der Bildhauerkunst, hat seine bildliche Darstellung die freundige und bewundernde Anerkennung Seiner Heiligkeit des Papstes gefunden. Die Anwesenheit seines Stellvertreters ist eine besondere Ehre für das Bistum und das ganze lothringische Land, zu der ich Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch ausspreche. Mögen durch die Pforte fromme Christen und treue deutsche Unterthanen zum Dienste ihres Herrn ihren Eintritt nehmen. Das walte Gott!

**Das englische Marinebudget.**  
London, 14. Mai. (W. T. U.) Unterhaas. Bei der Beratung des Marinebudgets bepricht Edmund Robertson (Lib.) das Anwachsen des Budgets für den Bau neuer Schiffe. Er weist darauf hin, daß die Admiralität zu diesem Zweck soviel zu veranschlagen gedente, als Frankreich, Rußland und Deutschland zusammen. Er weist ferner auf die Haager Konvention und auf den Vorschlag Rußlands zur Verminderung der maritimen Stützungen hin und drängt die Regierung, Schritte zu thun, um eine Verminderung der Ausgaben für maritime Zwecke herbeizuführen. Dille (Lib.) führt aus, das Prinzip der gleichen maritimen Stärke wie zwei andre Mächte zusammen werde nur bezüglich der Schlachtschiffe angewendet, nicht aber bezüglich der Kreuzer, welche England besonders notwendig brauche.

Er sei gegen jeden Versuch, eine hindernde Abmachung mit andern Mächten mittels eines Vertrages zur Herabsetzung der Rüstungen zu treffen. Eine solche Abmachung dürte eher einen Krieg verursachen, als einen Krieg verhindern.

Der Parlamentssekretär der Admiralität Arnold Forster führt aus, es sei Pflicht der Admiralität, mit den Thatsachen zu rechnen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein könnten. So weit entfernt liege noch ein Stillstand in den maritimen Vorbereitungen der Großmächte, daß in dieser Richtung eine erhöhte Thätigkeit eingesetzt habe, und wenn die erhöhte Thätigkeit in einem Fall mehr hervorgetreten sei als im andern, so sei dies in dem Fall jene Macht gewesen, von welcher Robertson erwarte, daß sie Vorschläge zur Herabsetzung der Rüstungen gemacht habe. Die von der liberalen Regierung im Jahre 1894 vorgenommene Flottenvermehrung habe sich auf genau die gleiche Information gegründet, wie sie die gegenwärtige Regierung beeinflusst habe. Die Argumente, welche sich völlig auf die Flottenausgaben der zwei in der Debatte erwähnten Länder (Frankreich und Rußland) stützen, seien keine sichere Richtschnur. Arnold Forster schloß: Ob die europäischen Mächte und die Macht jenseits des Ozeans weiterhin zu einem Uebereinkommen betreffend ein Einhalten in den Rüstungen kommen, sei nicht die Frage, welche jetzt zu behandeln sei. Die Pflicht der Admiralität sei es, der Nation Sicherheit zu geben gegen einen Angriff und was noch wichtiger sei, gegen eine Niederlage durch irgend eine Vereinigung von Mächten. Aber angesichts des friedlichen, freundschaftlichen Charakters der französischen Regierung und im Hinblick auf die Tatsache, daß im französischen Ministerium des Meeres eine so gewaltige Persönlichkeit wie Delcassé an der Spitze stehe, ein Mann, der das Vertrauen Europas in so hohem Grade besitze, glaube er, daß Frankreich und England wohl über eine Verminderung der Rüstungen beraten könnten, um dann zu sehen, ob sie sich nicht mit Rußland begeben könnten. Selbst wenn Deutschland nicht zustimmen sollte, würden diese drei Mächte etwas thun können, um eine Verminderung zu erreichen.

**Lemberg, 14. Mai. (W. T. U.)** In dem Städtchen Rozniatow wurden durch eine Feuerbrunst hundert Gebäude eingeschert. 500 Personen sind dadurch obdachlos geworden und dem größten Elend preisgegeben.

**Santiago de Chile, 14. Mai. (W. T. U.)** Der Streik der Stauer ist beendet und die Arbeit wieder aufgenommen. Handel und Verkehrsverkehr sind wieder eröffnet.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 1/8 Uhr. In den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage betreffend die Regierungsverordnungen in den höheren Lehranstalten sind u. a. auch die Stadtv. Dr. Freudenberg und Singer deputiert worden.

Provinzial-Schulrat Michaelis hat die Wahl zum Stadtschulrat angenommen.

Mit der Festlegung von Fluchtlinien auf dem Gelände der Schwarzloppfischen Grundstücke an der Chausseestraße und zwar 1. für eine 19 Meter breite Straße A von der Chausseestraße 20/21 nach dem Verlaufe des Berlin-Stettiner Bahnhofes und 2. für eine ebenfalls 19 Meter breite, von dem Vorplatz längs der Westgrenze des Bahnhofsgeländes nördlich bis zur Schwarzloppfstraße abzweigende Straße B hat sich der niedergelegte Ausschuss unter einigen Modifikationen der Vorlage einverstanden erklärt. Die Anlage der Straße B bietet die Gelegenheit, einen zweiten Zugang zum Vorort-Dahnhof mittels eines nur 45 Meter langen Tunnel herzustellen, wogegen der früher geplante Stichtunnel von dem vorhandenen Fußgänger-Tunnel zwischen Schwarzloppf- und Feldstraße 197 Meter lang geführt werden müßte und erheblich teurer sein würde. Die Freilegung dieser neuen Straße B zieht die Grundstücke Chausseestraße 17, 18, 23-26, 28, 29, 31, 32 und 33, sowie Schwarzloppfstr. 7 in Mitleidenschaft. Nach den Vorschlägen des Ausschusses soll die Fluchtlinie so abgeändert werden, daß nicht Schwarzloppfstr. 7, sondern nur das bedeutend billigere Grundstück Nr. 8 in Frage kommt.

Die Versammlung nimmt die Vorlage nach den Vorschlägen des Ausschusses an.

Dem Fischereiverein für die Provinz Brandenburg werden für die von ihm veranstaltete Jubiläums-Fischerei-Ausstellung (zu Berlin 10. Mai bis 7. Juni) außer dem bereits gewährten Betrage von 500 M. noch 300 M. für Ehrenpreise bewilligt.

Behufs der Umpflasterung der Prinzenallee von der Vellernstraße bis zur Weichbildgrenze soll das von den Grundstücken 28, 34, 36, 42, 51, 54-56, 67 und 68 erforderliche Straßenland von den Eigentümern gegen Übernahme der Kosten 1. für die endgültige Einfriedigung des verbleibenden Vorgartens mit eisernem Gitter auf untermauertem Sockel, 2. für die endgültige Bürgersteigregulierung, und 3. für die Beschaffung des Materialmaterials abgetreten werden.

Die Versammlung giebt ohne Debatte ihre Zustimmung.

Am das fast ganz im städtischen Besitz befindliche Gelände der ehemaligen Straßauer Wasserwerke an der Rotherstraße von der Warschauerstraße aus besser zugänglich zu machen, soll im Zuge der Rotherstraße im Hochbahnhof „Warschauerstraße“ ein Durchgang hergestellt werden, dessen Beleuchtung, Reinigung und Fußbodenunterhaltung die Stadt auf ihre Kosten übernehmen will.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Die Vorlage zeigt wieder einmal recht deutlich, in welcher Hurrafform seiner Zeit das Hochbahnprojekt angenommen worden ist. Die städtischen Interessen gerieten dabei ganz besonders ins Hintertreffen; das große Terrain, welches die Stadt besitzt, ist von der Warschauerstraße fast ganz abgetrennt worden, und die Hauptschuld trifft dabei die Exclutive. Jetzt ist es natürlich sehr schwer, den Schaden zu reparieren. In Zukunft sollte bei derartigen großen Projekten die Verwaltung also etwas sorgfältiger zu Werke gehen. Wäre dieses Terrain im Privatbesitz oder im Besitz einer Baugesellschaft oder von Terrainspekulanten oder des Kollegen Haberland (Heiterkeit) gewesen, die betreffenden Adjacenten hätten sicher rechtzeitig Einspruch gegen die Anlage erhoben, wie sie jetzt zu stande gekommen ist.

Eine weitere Erörterung findet nicht statt; die Vorlage wird angenommen.

Zur Notizenbeantwortung des Magistrats über die Jahresrechnungen von 1900 und 1901, welche der Vorsitzende dem Rechnungsausschuss zu überweisen beauftragt, bemängelt Stadtv. Deutsch (N. L.), daß die Antwort des Magistrats bezüglich der Begründung der Abweichungen von den Etats vielfach überaus dürftig ausgefallen sind. Sehr eigentümlich sei es auch, daß im Etat für 1900 der Gewinn an alten Steinen bei den Neupflasterungen in der Schönhauser Allee auf 3280 Kubikmeter und der Erlös auf 35 100 M. angegeben sei, während nach der jetzigen Antwort des Magistrats hier ein erst im Jahre 1901 entdeckter Irrtum vorliege, indem es sich nicht um 3280 Kubikmeter, sondern um 3280 Quadratmeter = 656 Kubikmeter handelte! Solche Dinge dürften bei der Vorbereitung des Etats nicht vorkommen.

Nachdem auch Stadtv. Friederici (N. L.) dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Wünsche des Magistrats etwas ausführlicher substantiiert würden, geht die Vorlage an den Rechnungsausschuss.

Mit der Umänderung des speziellen Entwurfs für den Neubau des Waisenhauses Alte Jakobstr. 33/35 nach den Forderungen des Polizeipräsidenten erklärt sich die Versammlung einverstanden. Einige spezielle Entwürfe zu Bauten beim Rudolf Virchow-Krankenhaus (Apothek, Kessel- und Maschinenhaus) sind nach dem Tode des Moabitier-Krankenhauses-Verwaltungsdirektors Werke nochmals durchgearbeitet und in einzelnen Teilen umgearbeitet worden. Die umgearbeiteten Entwürfe gehen auf den Antrag des Stadtv. Giese (N. L.), der seinen Bescheid darüber, daß solche Umgestaltungen sobald nötig geworden sind, Ausdruck giebt und seine sonstigen Wünsche in dem Ausdruck zusammenfaßt: Etwas mehr Dampf, Herr Stadtvater! mit einer Reihe weiterer spezieller Entwürfe für dieselbe Anlage an einen Ausschuss von zehn Mitgliedern. Das außerhalb des Berliner Weichbildes auf dem Erzbergerplatz vor dem Schlesischen Thore belegene Kasernen für das Telegraphenbataillon Nr. 1 soll einziehen, bis die Gemeinde Treptow eine eigene Kanalisationsanlage besitzen wird, an die Kanalisation von Berlin angeschlossen werden. Auf Antrag des Stadtv. Dove (N. L.) geht die Vorlage an einen Ausschuss, damit die Entscheidungstrage völlig geklärt und eine ungerechtfertigte Begünstigung des Militärklub in Bezug auf den Wasserverbrauch vermieden werde.

Schluss gegen 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Für die Wahlagitator sind in unserm Parteiverlage folgende Flugblätter zur Massenverbreitung erschienen. — Diese Ausgaben werden nur an Wahlvereine, Vertrauensleute, Gewerkschaften u. abgegeben, nicht an Buchhändler, Kolporteurs u.:

Table with 2 columns: Program of the Social Democratic Party (100 copies, 50 M), Das Landvolk und der Sozialismus (500 copies, 5 M), Die wahren Freunde und Feinde der Bauern (1000 copies, 8 M), Du, Mutter, was läßt der Herr Gendarm so? (5000 copies, 33 M), Christentum und Sozialismus (1000 copies, 10 M), Nieber mit den Sozialdemokraten (10000 copies, 135 M), Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde. (90000 copies, 250 M)

Table with 2 columns: Arbeiter-Statistik (500 copies, 20 M), Die agrarische Gefahr (1000 copies, 30 M), Die Kirche im Dienste des Unternehmertums (5000 copies, 125 M), Worte und Thaten des arbeitersfreundlichen Centrums (500 copies, 15 M), Sozialdemokratie und Centrum (1000 copies, 25 M), Christliche Arbeiterpflichten (5000 copies, 100 M)

Table with 2 columns: Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern (100 copies, 6,50 M), Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie (500 copies, 30 M), Die Vernichtung der Sozialdemokratie (1000 copies, 40 M)

Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69.

Ein Jubiläum. Die tschechische Sozialdemokratie wird am 1. Juni im „Gasthaus zum Kastanienbaum“ in Brednow bei Prag ein großes Fest veranstalten. Diese Feier gilt der Erinnerung an den ersten Kongreß der tschechischen Sozialdemokraten, der hier in diesem Gasthaus vor 25 Jahren abgehalten wurde. Der Kongreß war geheim, und über seine Verhandlungen ist in der Öffentlichkeit nicht berichtet worden. Ein Protokoll der Verhandlungen sowie das dort beschlossene Programm hatte der Schriftführer Bedna in Verwahrung; er hatte beides, damit es der Polizei nicht in die Hände falle, in einen Fels eingeschlagen. Es wurde aber dennoch von der Polizei gefunden und ruht jetzt im Prager Landesgericht. Der Kongreß bot Veranlassung zur Verfolgung zahlreicher Teilnehmer, die wegen Geheimbündelung angeklagt wurden. Nach monatelanger Untersuchungshaft wurde eine ganze Anzahl zu 2, 3 und auch 4 Monaten strengen Arrestes verurteilt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Drei Prozesse auf einmal wurden am Mittwoch vor der Strafkammer in Weiden gegen den Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ Genosse Emil Caspari-Rattowitz verhandelt. In dem ersten wurde dem Genossen Caspari zur Last gelegt, daß er dem gesetzmäßigen Verbot des Reichskanzlers zuwider, die in Deutschland auf Grund des § 14 des Preßgesetzes verbotenen ausländischen Druckschriften „Przeglad Szejepolski“ und „Przed. surt“ im Februar 1904 verbreitet habe. Der „Przeglad Szejep.“ ist ein national-demokratisches, in Krakau erscheinendes Blatt, welches sich durch seine ausgeglichene Gehässigkeit gegen die polnische Sozialdemokratie auszeichnet. Der „Przedowit“ ist das für Rußisch-Polen bestimmte Organ der Polnischen Soc. Partei (P. P. S.). Im Februar 1903 kam ein Student aus Krakau über die Grenze bei Bydgosch. Als er von dem revidierenden Zollbeamten gefragt wurde, für wen die Bücher und Schriften in seinem Koffer bestimmt seien, antwortete er: Für Caspari in Rattowitz. Der Steuerbeamte zeigte den Vorgang dem Polizeirat Rädler an. Daraufhin wurden zwei Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei welchen einzelne Exemplare vom „Przeglad“ und einige ältere vom „Przedowit“ gefunden wurden. Beschlagnahmt wurden selbst die im Privatzimmer von Caspari liegenden Einzelnummern, welche er zu seinem persönlichen Gebrauch hatte. Der Polizeikommissar Gernd-Rattowitz und Polizeirat Rädler-Weithen behaupten, eine größere Anzahl des „Przedowit“ (älteren Datums) verschürt in dem Redaktionsraum gefunden zu haben.

Die Anklagebehörde folgert daraus, daß diese Exemplare an „einem öffentlichen Ort“ „ausgegeben“ hätten und daß damit der Tatbestand der Verbreitung gegeben sei. Caspari weist nach, daß er seit Monaten in dem erwähnten Redaktionsraum nicht gearbeitet hat, sondern in den Räumen der neuerrichteten Druckerei der „Gazeta Robotnicza“ und daß von einer öffentlichen Auslegung nicht die Rede sein könne. Die fehlenden Nummern der „Przeglad“ seien ihrem Eigentümer, dem Studenten, nach Ausland nachgeschickt worden. Verbreitet hat Caspari nichts davon. Außerdem beruft sich der Angeklagte auf die Thatsache, daß alle die in Frage kommenden beschlagnahmten Exemplare bereits vor der Veröffentlichung des Verbots des Reichskanzlers erschienen seien, von diesem also nicht betroffen werden könnten. Nur die im Privatzimmer gefundene Einzelnummer des „Przeglad“ war später erhaschen. Das Gericht erklärte aber, daß die Verbreitung nachgewiesen sei und verurteilte Caspari zu 300 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

In dem zweiten Prozeß handelte es sich um eine Beleidigung des Kommissars Gernd durch eine Zeitungsnote der „Gaz. Rob.“, in welcher die rechtswidrige Beschlagnahme von Einzelnummern der „Przeglad“ aus dem Privatzimmer des Genossen Caspari kritisiert wurde. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Dem Angeklagten — welchem sonderbarerweise der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) versagt wurde — wurden 50 M. Geldstrafe zubilligt.

Schließlich wurde Caspari angeklagt, den Amtsvorsteher Rattowitz in Jahre durch einen Artikel der „Gaz. Rob.“ beleidigt zu haben. Die Verhandlung ergab folgendes: Polizeibeamte und selbst der Gemeindevorsteher von Jabrze hatten den Hauswirt des Genossen Sandziora, welche eine kleine Parteibuchhandlung betreibt, wiederholt dringend aufgefordert, den „Sozialdemokraten“ nicht in seinem Hause zu dulden. Der eingeschüchterte Wirt versuchte endlich, den Kontrakt mit Sandziora zu brechen. Der Artikel sprach irrtümlich vom Amtsvorsteher — statt von Polizeibeamten und dem Gemeindevorsteher. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat, die Beeinflussungen seitens der Beamten seien „nur privatim“ erfolgt! Unter Jubilation des Schörs des § 193 des Strafgesetzbuches wurde Caspari freigesprochen.

Sociales.

An die Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich! Nachdem der II. Allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands am 10. März 1903 nachstehende Resolution beschlossen hat, richten wir an oben bezeichnete allerorts, wo derartige Vereinigungen noch nicht bestehen, das Ersuchen, nun auch möglichst bald diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Die Resolution lautet:

Im Interesse einer planmäßigen Vervollständigung der Erziehung günstiger Verträge mit Apotheken, Ärzten, Krankenhäusern, Wad-Anstalten, Drogen-, Milch- und Heilmittel-Lieferanten, sowie der Ausdehnung der bestehenden Krankensicherung ist die Bildung von Central-Kommissionen sämtlicher Krankenkassen eines größeren Ortes resp. aller im Bezirk einer Aufsichtsbehörde oder Landes-Versicherungsanstalt bestehenden Krankenkassen nach Möglichkeit herbeizuführen. Diese Central-Kommissionen treten zu einem Verbande zusammen, für welchen für die nächsten drei Jahre Berlin mit der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins als Vorort bestimmt wird. Die Tätigkeit der bereits bestehenden Organisationen von Krankenkassen, wie der Verband von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich, der Verband freier Krankenkassen usw., sollen durch diesen bereits auf dem ersten Kongreß der Krankenkassen Deutschlands beschlossenen „Verband der Central-Kommissionen“, der lediglich eine Vertretung für die allen Versicherten gemeinsamen Interessen darstellt, in keiner Weise in ihrem Arbeitsgebiete beeinträchtigt werden. Ein Statuten-Entwurf für diesen Verband der Central-Kommissionen ist von der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins auszuarbeiten und baldmöglichst den bereits bestehenden Central-Kommissionen und Verbänden von Krankenkassen zur Begutachtung zu unterbreiten.

Es sollen die Kassen sich nicht auf ihre event. einzelnen Kassen-Gruppen-Vereinigungen verlassen, sondern es erscheint ein Zusammen-schluß aller Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Zimmungs- und freien Hilfskassen usw. dringend geboten. Die Ärzte, Apotheker usw. sind in diesen Vereinigungen über das ganze Reich organisiert. Die Krankenkassen dagegen stehen vereinzelt oder höchstens in einzelnen Gruppen organisiert da. Entsteht nun an irgend einem Ort zwischen den Beteiligten ein Konflikt, so sind die einzelnen Kassen den Forderungen der Betroffenen vollständig preisgegeben. Dieses ist nicht nur bei obiger Angelegenheit, sondern in vielen ähnlichen Fällen auch der Fall. Werden Wünsche oder Forderungen an die Regierungen, Behörden oder ähnliche Institutionen seitens der Kassen gerichtet, so werden dieselben bedeutend mehr Beachtung finden, wenn dieselben von allen Kassen an einem Orte gemeinschaftlich gestellt werden. Man kann dann nicht sagen, das ist nur der Wunsch der einzelnen Kassen, sondern man muß damit rechnen, daß dieses ein Wunsch der gesamten Kassenverbände und ihrer Mitglieder ist. Und darum rufen wir Ihnen nochmals im Namen des Kongresses zu: „Krankenkassen Deutschlands vereint Euch!“ Und wer nicht Sonderinteressen verfolgt, wenn an der gesundheitlichen Besserstellung der Mitglieder wirklich gelegen ist, der wird dem Standpunkt der Kongreßteilnehmer kuldig und dafür mit aller Entschiedenheit eintreten, daß dieser Beschluß nun auch in die Tat umgesetzt wird.

Wir eruchen daher die Kassenverbände resp. Kassen-Vereinigungen, uns möglichst umgehend folgendes mitteilen zu wollen:

- 1. Was für eine Organisation ist an Orte, welche Kassen resp. Kassenverbände gehören der Vereinigung an?
2. Wieviel Krankenkassen und welche, mit wieviel Mitglieder, befinden sich überhaupt an Orte?

Falls eine Organisation vorhanden ist, erbitten wir uns neben der Beantwortung dieser Fragen zugleich ein Statut derselben mit-senden zu wollen. Nachdem dieses geschehen, werden wir Ihnen, dem Beschluß des Kongresses gemäß, einen Entwurf der Satzung zugehen lassen, welcher den einzelnen Lokal-Organisationen als Richt-schnur dienen soll. Die Kassen leisten heute schon viel, aber durch ein einmütiges, gemeinsames Zusammengehen können für die Kassen sowie für ihre Mitglieder noch bedeutendere Vorteile und Einrichtungen in humanitärer und sanitärer Beziehung erreicht werden. Dieses mögen sich die einzelnen Kassenverbände gefast sein lassen. Die neu zu schaffende Organisation soll nicht etwa den bereits bestehenden Kassenverbänden Abbruch thun. Kein, das Gegenteil wird angestrebt, und wir empfehlen jeder einzelnen Kasse, den für sie in Betracht kommenden Verbänden, soweit dieses noch nicht geschehen ist, beizutreten. Aber neben dieser einzelnen Kassen-Gruppen-Organisation muß ein einheitliches Band alle Kassen zusammen halten.

Darum hoffen wir, daß Sie diesem einheitlich gefasteten Beschluß des Kongresses entsprechen und für die einheitliche Organisation aller deutschen Krankenkassen wirken werden. Die Herren Delegierten bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß das Protokoll des letzten Kongresses die weiteste Verbreitung findet.

Berlin, im April 1903. Die Central-Kommission der Krankenkassen Deutschlands. J. A.: E. Simonowski, Engel-Ufer 15, III, Zimmer 37.

Regierung und Orts-Krankenkassen in Mähhausen i. Th. Wie bereits mitgeteilt, hat die Regierung auf Grund des § 56a des Krankenversicherungs-Gesetzes die Wiederanstellung der bisheriger 14 Kassenärzte verfügt. Der Betrag mit den Ärzten, mit dessen Abschließung der Magistrat beauftragt worden war, kam für zwei Jahre zu stande und zwar unter den bisherigen Bedingungen für das laufende Vierteljahr und unter Zugrundelegung einer 10 1/2-prozentigen Erhöhung der Vergütungslage vom 1. Juli 03. In ab. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse I erklärt indes, daß er gegen die Verfügung der Regierung Protest zu erheben beabsichtigt, weil seiner Ansicht nach die Regierung laut § 56a des Krankenversicherungs-Gesetzes nur das Recht habe, die Zahl der fehlenden Ärzte zu ergänzen, nicht aber sämtliche frühere Ärzte wieder anzustellen.

Die Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Steinarbeiter will den Bauunternehmern Münzbergs gar nicht einleuchten, und sie sträuben sich hartnäckig, diese Bestimmungen zu befolgen. Die Bauarbeiter-Kommission hat bereits eine ganze Anzahl fündiger Unternehmer zur Anzeige gebracht, weil die Polizei nicht Wandel schaffen konnte, aber die Herren lassen sich nicht beirren. In einem jetzt von der Bauhanderschaft der „K. M. M.“ und Zimmermeister-Zinnung erlassenen Rundschreiben werden die Mitglieder aufgefordert, die Verordnung einfach nicht zu beachten! Einer Streikleitung, die die Unzufriedenen zu einer Beilegung des berüchtigten § 153 der Gewerbe-Ordnung auffordern wollte, wurde der Staats-anwalt jedenfalls sehr bald den Standpunkt klar machen. In Zürich ist durch das thätkräftige Eingreifen des dortigen Bau-ausschusses überall der Neunstundentag durchgeführt und es ist noch kein Unternehmer daran zu Grunde gegangen, im Gegenteil, überall wurden damit die besten Erfahrungen gemacht. Die Bauunter-nehmer der Großstadt Nürnberg dagegen glauben ruiniert zu werden, wenn sie die Verordnung einhalten müssen.

Aus der Frauenbewegung.

Der sozialdemokratische Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend hielt am 13. Mai seine dritte Versammlung ab, diesmal im Westen Berlins, bei Bühlke in der Dennewitzstraße. Die Gnosin Fahrwald-Hamburg hielt hier das Referat über: „Die Frauen und die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Sie legte dar, in wie hohem Maße die Frauen an der Gestaltung der wirtschafts-politischen Verhältnisse interessiert sind und wie sehr die große Klasse der Bevölkerung, namentlich aber die proletarischen Frauen, unter den Folgen des neuen Pollarichs leiden würden, wenn er in Wirk-lichkeit zöge. Rednerin kennzeichnete dann die bürgerlichen Parteien, indem sie ihre Tätigkeit im Parlament einer Besprechung unterzog. Ihre drastische Darstellungsweise rief mehrfach Heiterkeit und Beifallsbezeugungen der Hörerinnen hervor. Den kritisierten Parteien stellte sie die Sozialdemokratie gegenüber als die einzige Partei, die wirklich der Kultur, dem Volkwohl, dem Recht und der Freiheit diene. Nur dieser Partei, die auch die Frauen zu ihrem Recht verhelfen werde, könnten sich die Frauen anschließen. Gnosin Fahrwald schloß mit einem begeisterten Ausruf an die Frauen, das vorübergehende Recht der Beibehaltung in einem politi-schen Verein gründlich auszunutzen und durch aufopfernde Mit-wirkung bei der Agitation und den Wahlarbeiten aller Art dazu mit beizutragen, daß am 16. Juni der nächste Mann aus dem Bolle in den Reichstag gesandt werde. (Großer Beifall.) Die Vorsitzende, Gnosin Ottilie Baader, trat dann lebhaft für die Ver-großerung des Vereins ein. Es dürfe sich niemand vom Eintritt dadurch abhalten lassen, daß es sich nur um ein Eintagsrecht handle. Im Gegenteil müsse dies um so mehr anspornen, schleunigst Mitglied zu werden. Genosse von Oppell erklärte die sozialdemokratische Frauenbewegung für eine Hauptstütze der Partei. Die Mitwirkung der Frauen biete eine große Sicherheit für die Zukunft, da ja die Frauen das künftige Geschlecht heranzögen. — Mit einem drei-maligen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung ge-schlossen.

Ober-Schöneweide. Der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 18. Mai, seine regelmäßige Mitglieder-versammlung im Lokale von Kaufhof, Wilhelmstr. 18, ab. Herr Dr. Roeder wird den Vortrag halten. Recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Frauen und Mädchen erwartet. Der Vorstand.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Freitag, den 15. Mai.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:

**Opernhaus.** Die weiße Dame. Der Haidenbräutigam.

**Schauspielhaus.** Das große Licht. Neues Operntheater. Geöffnet. Deutsches. Donna Anna. Berliner. 100 000 Thaler. Lesung. Der blinde Passagier. Neues. Der große Misch. Residenz. Lustige Ehehemänner. — Nach dem Balle.

**Weiten.** Dubarry.

**Central.** Madame Sherry.

**Thalia.** Auf eigenen Füßen. Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Hedda Gabler.

**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.) Im weißen Rössl.

**Belle Alliance.** Freigesprochen. Hierauf: System Aubert.

**Carl Weiss.** Alle Männer.

**Casino.** Unser Goldjunge. Specialitäten.

**Metropol.** Neues! Allerneuestes! Hippolyte. Die Liebesinsel. Specialitäten.

**Bunte.** Messandro Strabella. Kleines. Nachtasyl. Trianon. Die Notbrücke. Wintergarten. Specialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Passage-Theater. Specialitäten. Urania. Taubenstrasse 48/49. Das Land Tirol.

**Jubiläumstrasse 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

## Central-Theater

Täglich, abends 7 1/2 Uhr:  
**Madame Sherry.**  
Operette in 3 Akten von Hugo Felig.  
Sonntag, 17. Mai, nach 3 Uhr, halbe Preise. In erster Besetzung:  
**Die Hedermands.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. Abds. 7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

## Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Auf eigenen Füßen.**  
Große Feste mit Gesang in 6 Bildern. Morgen: Auf eigenen Füßen. Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

## Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Lustige Ehehemänner**  
(Les maris joyeux). Schwan in 3 Akten von H. Max und Albert Barré. Deutsch v. Schönau. Vorher:  
**Nach dem Balle.**  
Schwan in 1 Akt nach d. Spanischen des R. Carrion von R. Voebel. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

## Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung.  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Victor Holländer.  
**Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender.**  
Frid-Frid. Flora Siding. Wini Grabitz. 300 Mitwirkende.  
Im dritten Bild:  
**Eine Sitzung bei Anna Rothe. Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —

## Apollo-Theater.

Zum **Die Liebesinsel.**  
Berliner Ausstattungs-Barleske in 3 Akten von Benno Jacobson. Musik von C. Stix.  
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken. **Grosses Post-Ballett.**  
Ferner: Die glänzenden Specialitäten.

**Etablissement Bughagen am Moritzplatz.**  
Jeden Tag:  
**Konzert**  
des berühmten Orchesters des Signor Vincozo Ferrara.  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

## Passage-Theater.

Sonntags 3 Uhr.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.

## Josefine Delclieur

erregt allabendl. Lachsalven als Berliner Bäckerjunge.

## Lola Loyd

## Cake Walk.

## Oscar Klein

(Tyll Eulenspiegel).

Ganz Berlin zerbricht sich schon den vierten Monat den Kopf über **AGA!** die schwebende Jungfrau! 14 neue erstklassige Nummern.

## Gastans Panoptikum.

Friedrichstr. 165.  
mit seinen unzähligen Sehenswürdigkeiten!

## Neu! Princess Bohatcio,

die Kolossal-Indierin aus Singapore.

## Neu! Carlo Riego

mit seiner ausgezeichneten Wiener Konzert-Kapelle.

## Pythia, die hellseh. Dame,

## Anthropos, der künstliche Mensch als Portraitschreiber.

Cleo Otéro, die Sandmalerin.

## Belle-Alliance-Theater.

## Freigesprochen

Komödie in 1 Akt von A. de Larde und G. Morell.

Hierauf: **System Aubert.** Komödie in 3 Akten v. El. Roland u. Pierre Rogand.

Morgen und folgende Tage: **Die Lebendigtote.**

Eröffnung d. prächt. Sommergartens: **Doppel-Konzerte Speciali. I. Rang.**

Sonntagnachmittag 3 Uhr: **6. Heinen Preisen: Winterschlaf.**

## Kleines Theater

Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

## Nachtasyl.

Sonntagnachm. 3 Uhr: Don Carlos auf der Schmiere. Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

## Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

## Gastspiel Hansi Niese.

Zum erstenmal:

## Der g'rade Mischl.

## Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.  
Abends 8 Uhr:

## Die Notbrücke.

Lustspiel in 3 Akten von Fred Godesch und Francis de Croisset.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Die Liebesinsel.**

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter, Straße 132.  
**Ilse Römer.**

Anfang 8 Uhr.

Morgen: **Jugendstürme.** Sonntag: **Der liebe Gebot.** Sonntagnachmittags 3 Uhr. Barfelo 60 Pf.: **Das Räthchen von Heilbronn.**

Im Garten: Täglich: Specialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

Wittmoos, 20. Mai: **Das Geheimnis des roten Hauses.**

## WINTERGARTEN

## Neues Programm.

Mlle. Lorraines, Lebende Bilder. Sam Elton, Komischer Excentric. Carlotta Kara, Creolische Sängerin. Pantzer Brothers, Akrobaten. Rakoczy, Ungarische Tanstruppe. Das Meistersongs-Quartett. Ralph Johnstone, Bicyclist. Woodwards, dressierte Seelöwen. Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin. Ballett und „Biograph“.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**  
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen.

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Im weißen Rössl.**  
Lustspiel in 3 Akten von D. Blumenthal und G. Kadelburg.

Sonabendabend 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**

Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Des Meeres und der Liebe Wellen.**

Sonntagabend 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**

Sonntagabend 8 Uhr:  
**Im weißen Rössl.**

Sonntagabend 8 Uhr:  
**Im weißen Rössl.**

## Brauerei Friedrichshain

früher Lipps (Oekonom: E. Niemann), am Königsthor.  
Grösster Konzertsaal und Garten Berlins.

Heute Freitag: 1526L

## Letzter Wiener Walzer-Abend

## Johann Strauss

Kaiserlich und Königlich Oesterreichischer Hofball-Musikdirektor mit seiner gesamten Kapelle aus Wien.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., Reserv. Platz 1 M.

Morgen Sonnabend: Vorletztes Konzert von Johann Strauss.

## W. Noecks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.

Heute: **Geschlossen.**

Morgen: **Extra-Vorstellung: Die Ahnfrau.**

## Bernhard Rose-Theater

Badstraße 58.  
Sonnabend, den 16. Mai 1903: Benefiz für Gustav Albrecht. Gastspiel von Fr. Elsa Krafft: **Goldener Boden.**

Große Feste mit Gesang in 4 Akten von Leop. Ely und Carl Bezyl. Anfang 8 Uhr.

Nach der Vorstellung: **Tanz.** Sonntag: Gr. Theater-Vorstellung, sowie Specialitäten.

## Reichshallen.

## Stettiner Sänger.

II. a.: Bühnengrößen und Anna Poto, das Blumenmedium.

Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

## Sanssouci.

Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**

Nach der Vorstellung: **Tanz-Kränzchen.** Vereinsbillets gültig.

## Casino-Theater

Lothringerv. 37.  
Täglich, auch Sonntags, Anf. 8 Uhr. Um 9 1/2 Uhr: **„Unser Goldjunge“**

Vorher das vollst. neue Programm.

## Königstadt-Kasino.

Polzmarth. 72. Ecke Alexanderstr. Nur noch bis 15. d. M.  
**Franz Sobanski.** Das böse „Zah“. Feste in 1 Akt. Bei glänzender Ausstattung im herrlichen Sommergarten.

Wittmoos, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

## Schlennige

Räumung der Lagerbestände in Herren-Stoffen für Anzüge, Paletots, Kinderanzüge usw. benötigten

**Koch & Seeland Tuchfabrik-Niederlage** Berlin C., Rossstr. 2.

für den färblichen Borort, Wochen-Abgabe, 60 Pf. 60 Pf. 300 Kar. nur mündlich, verkauft ansche, Wilmannstr. 1. [10132]

## Land 2 Mark

Paletotstoffe — Cheviots, Reste spottbillig. Tuchlager Molkenmarkt 12-13. Carl Engel. „Ecke zur Rippe“.

## Steppdecken

Gelegenheitskäufe! Wolltuch, alle Farben, 4,85, 6,00. Similiseide, Farb., 5,25, 6,00.

Special-Haus **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme

## Tuchstoffe

Paletotstoffe — Cheviots, Reste spottbillig. Tuchlager Molkenmarkt 12-13. Carl Engel. „Ecke zur Rippe“.

## Rabatt-Sparverein

## Königsthor,

Am 22. Mai cr., abends 8 Uhr, in Schneiders Festsaal, Belfortstr. 15: **Ausserordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bekanntgabe eines vom Amtsrath eingegangenen Beschlusses. 3. Diskussion. 4. Anträge.

Der Vorstand.

## Arbeiter-Bahnhofsverein

## „Berlin“.

Heute, Freitagabend 7 1/2 Uhr: **Beziehungsfeier** Brunnenstr. 15. Jeder hat zu erscheinen.

Sonntag 2 Uhr: **Schlechte Bräde** nach Johannissthal bei Senflichen.

Wittmoos: **Versammlung** im Böhmischen Brauhaus. Besprechung der Pfingsttouristen.

Sonntagabend 8 Uhr: **Königsthor nach Hirsch-See.** 12/5

## Charlottenburg.

**H. Schmerberg** [10772] Wilmerdorfer Straße 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Christen werden schmerzlos gebohrt.

## Honig!

Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität. versch. die 10 Pfundboje zu 7,00 M., 5 Pf. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.

**E. Reil, Nordloh, Bahnhof** Auguststr. 1, Eldena.

## Dr. Simmel,

Prinzenstr. 41. Specialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

## Bad Reinerz.

Dr. Stern. 3/2

## Die schönsten Herren-

Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie special Monatsgarderobe

v. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede Fig. pass. sind in gr. Auswahl zu namend. billigen Preisen zu haben.

**J. Wand,** 1. Geschäft: Prinzenstr. 17. an der Wasserhorstraße.

2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116. an der Andreasstraße.

## Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Centrale Invalidenstr. 160. Filialen: Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a a. d. Völkowstraße, Benfstr. 18 Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31 Reinfelderstr. 20 Brunnenstr. 92 Frankfurterstr. 115

8, 12, 15-20 M.

Fertige **Betten und Metall-Bettstellen** für Kinder und Erwachsene.

von 22,50 M. an.

## Grosse Marienburger Geldlotterie

Einmalige Ziehung am 25., 26. und 27. Mai d. J.

Genehmigt durch allerhöchsten Erlass vom 17. Dezember 1899 und unter dem Protektorat Sr. Maj. des Kaisers und Königs.

**Preis eines Loses Mk. 3,00.**

Für Porto und Franco-Zusendung der Gewinnliste 30 Pf. extra.

Originallose versende gegen Einsendung des Betrages mittels eingeschriebenen Briefes oder Postanweisung; auf Wunsch auch gegen Nachnahme. In letzterem Fall genügt Bestellung durch Postkarte. 140/24

## 8840 Gewinne zahlbar ohne jeden Abzug.

GEWINN-PLAN:

1 Gewinn Mark 60 000

1 Gewinn „ 50 000

1 Gewinn „ 40 000

1 Gewinn „ 30 000

1 Gewinn „ 20 000

1 Gewinn „ 10 000

4 Gewinne „ 2 500

10 Gewinne „ 1 000

20 Gewinne „ 500

100 Gewinne „ 100

200 Gewinne „ 50

1000 Gewinne „ 20

7500 Gewinne „ 10

**Georg Flaschner,** Hamburg, Holstenplatz 2.

## II. Wahlkreis.

Freitag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Wilhelm-Theater, Friedrichstr. 236:

### Oeffentliche Wählerversammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Albrecht Fülle** über: „Die Parteien im Wahlkampf“. 2. Diskussion.  
Die Gegner werden durch Säulenanschlag eingeladen. Recht regen Besuch erwartet.  
**Die Vertrauensleute.**

### Achtung! Rabitzspanner!

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Jannaschk, Inselsstr. 10:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Der Beschluß der Rabitzstellen-Konferenz vom 13. Mai und welche Wege schlagen wir nun ein? 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches, pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig.  
Der Vorstand.

### Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Ordnungsverwaltung Charlottenburg.  
Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Hagen, Bismarckstr. 50:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Tost** über Gewerkschafts-Kommision. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

### Fischler-Verein zu Berlin. G. S. 89.

Sonntag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Weichhorstr. 15:

### Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag; Vereinsangelegenheiten; Aufnahme neuer Mitglieder; Bezahlung der Beiträge.  
Zahlreichen Besuch nicht entgegen.  
Der Vorstand.

### Bretterträger und Brettschneider.

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, im Königstadt-Kasino, Solmarstr. 72:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Ergänzungswahl des ersten Vorsitzenden. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch.  
Der Vorstand. S. S.: E. Hinzl, Neu Kölln a/B. 19.

### Rabitzputzer, Spanner und Cementierer!

Freitag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohu, Weichstr. 20:

### Kombinierte Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Situationsbericht über den Stand unserer Lohnbewegung und weitere Beschlusfassung zu derselben.  
Der Vorstand.

### Westend-Charlottenburg.

„Zur Hofstrasse“, Spandauer Berg.  
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.  
Haltestelle der Straßenbahn. 15002\*

### Angenehme Familien-Unterhaltung.

Kassette ist von 2 Uhr ab geöffnet.  
Es ladet ergebenst ein  
**Karl Klambund.**

### Bergschloss-Restaurant Waidmannslust.

Schönstes Lokal an der Nordbahn. 5000 Personen fassend.  
Allen Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 13242\*

### Restaurant Ernst Rentner.

Tegel, Berlinerstr. 87.  
Den Berliner Parteitagen und Ausflüglern bestens empfohlen.  
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 13661\*

## Moabit! Wähler des 6. Kreises! Moabit!

Freitag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

### Volks-Versammlung

in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung: 1. Was hat das arbeitende Volk von den Reichstagswahlen zu erwarten? Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine**. 2. Diskussion. 219/3  
Um recht regen Beteiligung eruchtet  
**Der Vertrauensmann.**

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Montag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

### General-Versammlung

im Saale der Neuen Welt, Hasenheide 108/114.

Tagesordnung: 1. Stichwahl betreffend Wahl eines Bureaubeamten. 2. Unterstützung der Ausgesperrten in Fierlohn.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

### Vereinigung d. Zimmerer Deutschlands

Bureau: Berlin C, Dragonerstr. 15. Telefon: Amt III Nr. 5028.

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, in Cohu's Festsaal, Weichstr. 20:

### Mitglieder-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über die nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

### Zur Beachtung!

Am 21. Mai (Himmelfahrtstag): **Sonder-Vorstellung** in der **Wania**, Bismarckstr. 18/19. Zur Aufführung gelangt: **Das Land Tirol**.  
Eröffnung nachmittags 4 Uhr. — Vorstellung 5 Uhr.  
Billets sind zum Preise von 60 Pf. im Bureau und bei den Begleitkassierern zu haben.  
Der Vorstand.

257/10

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

### Marienburger Geld-Lotterie.

Staatlich genehmigt. Ziehung 25. bis 27. Mai cr.  
8840 Geldgewinne im Betrage von

**355 000 Mark bar.**

Die Hauptgewinne sind: 1324 L.  
60 000, 50 000, 40 000, 30 000, 20 000 Mk. etc.

Lose a 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen Nachnahme u. Briefmarken

**Werner & Co.,** Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 198/199, Ecke Krausenstr.  
Telegr.-Adr.: Millionenecke.

### Charlottenburg Für 30 Mark

reimolkenen Anzug nach Maß. Label-Lofer Zig, feinste Futterstoffe.  
Wer selbst Stoff giebt, fertige eleganten Anzug 15082\*

**für 18 Mark.**

Garantie: gute Futterstoffe.  
**B. Goldstein,** Schneidermeister, Münzstr. 25, 1 Treppe.

Herren-Garderoben nach Maass von **Karl Ehring,** Schneidermeister. Stofflager, englische u. deutsche Stoffe. Solide Stelle. 15152\*

### Reichels weltberühmter Kührer-Engen-Tod

beseitigt vollständig schmerzlos jedes Kührer-Engen, selbst veralteten, jedwede Hautverhärtung. Nachdem Sie alles Mögliche angewandt, machen Sie diesen letzten Versuch. Erfolg garantiert. Dose M. 11c. nur b. **Otto Reichel,** Berlin 310, Eisenbahnstr. 4. [\*

### Unsinn ist Viel Geld

Die Hauptgewinne sind: 1324 L.  
60 000, 50 000, 40 000, 30 000, 20 000 Mk. etc.  
Lose a 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen Nachnahme u. Briefmarken

Neuen 1903er Matjeshering

verendet das 10-Pfund-Pack franco Postnachnahme, Inhalt ca. 40 Stück, 4 Mark! 105/18\*

**Max Brotzen,** Dermapoliereri, Greifswald.

Charlottenburg.

„Zur alten Vinde“, Weinbischstr. 8. Gut gepflegte Biere, warme Speisen zu jeder Tageszeit empfohlen. 13862\*  
**A. Röttger.**

## Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

### Unentbehrlich für Ausflügler!

Spezialarten der näheren Umgebung Berlins.

**Vernau-Viesenthal, Lante, Lepnig- und Wandlitz-See** 1,00 M.  
**Budow am Schermügel-See (Märkische Schweiz)** nebst Führer 0,75 M.  
**Copenick-Friedrichshagen, Bollersee** 1,00 M.  
**Erkner-Sandowitz-Rönigswitzerhaufer-Wittenwalde** 0,75 M.

**Eberwalde, Freienwalde-Oderberg** 1,25 M.  
**Eberwalde, Jagdschloß Hubertus-Hof, Kloster Chorin** 1,00 M.  
**Freienwalde und nächste Umgebung nebst Führer** 1,00 M.  
**Freienwalde, Briesen, Oderberg** 1,00 M.

**Grünwald und westliche Borsote Berlin** 1,00 M.  
**Potsdam, Stadthaus mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis** 0,75 M.

**Potsdam und Werder** 1,00 M.  
**Spreewald m. praktischem Touristenführer** 0,75 M.  
**Strandberg und der Humenthal** 1,00 M.

**Tegel-Heiligensee, Schulzendorf, Hermsdorf, Havelhof und Hasenfelde** 0,75 M.

ferner empfehlen als sehr praktisch:  
**Zeichenatlas von Berlin und Umgebung, enthaltend 21 Karten und Pläne mit Führer, leicht-handliches Format** 2,00 M.

**Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände, zusammen** 5,00 M.

I. Teil: **Nähere Umgebung Berlins**, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Dransburg, R. S. G. 1,50 M.

II. Teil: **Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Sternal, Tangernünde, Neu-Ruppin, Neu-Trebbin** 1,50 M.

III. Teil: **Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberwalde, Frankfurt a. O., Schwebel, Mültrin, Lübben, Spreewald, Rucklau** 2,00 M.

Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater.

für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [6782\*  
**Stabenhüte** 0,75-3 M.  
**Sonnenhüte** 1,75-5,25 M.  
neil 2,00-5,25 M.  
**Cylinderhüte** 4,00-12,00 M.  
**Chapeau claque** 7,00-12,00 M.  
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert,** Hut-Engros-Geschäft, Waldemarstr. 44, pt. Kein Laden.



**Max Tack**  
Schuhfabrik  
Strausberg

Volle Garantie für Haltbarkeit.

## Max Tack

bringen für den Sommer extra billige Preise.

Damen-Spangen-Schuhe, roth und braun . . . . .	3,75 Mk.
Damen-Schnür- u. Knopf-Schuhe, roth und braun . .	3,90 „
Damen-Schnür- u. Knopf-Stiefel, roth u. braun	5,90 u. 6,90 „
Damen-Leder-Zug-Stiefel, extra stark . . . . .	2,90 „
Herren-Leder-Zug-Stiefel, extra stark . . . . .	3,90 „
Kinder-Leder-Schnür- und Knopf-Stiefel mit Absatz	1,95 „
Eleganter Lasting-Morgenschuh mit kleinem Absatz	1,20 „

Command.-Ges. **Strausberg**

In Deutschland 88 Niederlagen.

In Berlin:

N.W. Thurmsstrasse 31.  
N. Reinickendorferstr. 6.  
N. Badstrasse 23.  
O. Weldenweg 63.

In Rixdorf:  
Bergstrasse 11.

Achtet genau auf Firma!

## Ziehung schon nächsten Dienstag. Grosse Stettiner Lotterie

4114 Gewinne im Werte von **135 000 Mark.**

Lose a 1 Mark. — 11 Stück 10 Mark. — 28 Stück 25 Mark. (Porto und Liste 20 Pf.)

**Oscar Bräuer & Co. Nachf.,** G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.  
Filialen: NW., Wilsnackerstr. 68. O., Andreasstr. 46 a. SO., Oraniensstr. 177.

18. Ziehung 4. Klasse 208. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 14. Mai 1904, vormittags.
Aus der Urliste über 232 ZL sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

112153 407 84 028 86 038 110007 272 300 450 818

Ziehung am 14. Mai 1904, nachmittags.
Aus der Urliste über 232 ZL sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

18. Ziehung 4. Klasse 208. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 14. Mai 1904, nachmittags.
Aus der Urliste über 232 ZL sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

85 913 114002 52 (500) 139 217 340 79 468 (1000) 533

Ziehung am 14. Mai 1904, nachmittags.
Aus der Urliste über 232 ZL sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. ...
Tischdecken, inaltere Seide, feinsten Kauf, statt 8,50 jetzt 3,75, verkauft Neumann, Bellealliancestrasse 105.

Dringensdienen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Beckmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landbergerstrasse. 150418\*
Kleiderwagen, Gelegenheitskauf, billig, B. Schade, Schöndorf, Bahnhofsstrasse 44. 13035\*

Vermietungen. Ein leeres Zimmer zu vermieten mit oder ohne Pension. ...
Zimmer. Ein leeres Zimmer zu vermieten mit oder ohne Pension. ...
Schlafstellen. Zwei anständige Mädchen finden hier möblierte Schlafstelle. ...

Arbeiter. Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Folgende Firmen sind gesichert: R. Keller, Königsbergerstr. 4. ...
Achtung! Die Pianofabrik „Erolka“, Schneiderstr. 36, ist gesichert. ...

Prozeß gegen die Pommernbank.

Zehnter Tag.

Die gestrige Verhandlung war nur von kurzer Dauer. Zu den Hauptpunkten der Angelegenheiten über Verschaffenheit, Wert und Ausfichten des Nizdorfer Terrains wurde Oberbürgermeister Voddien-Nizdorf vernommen. Dieser machte, während sämtliche Prozeßbeteiligte und Sachverständige sich in engem Kreise um ihn gruppierten, an der Hand der auf dem Gerichtstische liegenden Situationspläne eine Reihe von Ausführungen über die Entwicklung des Grund und Bodens in Nizdorf im allgemeinen und der hier in Frage stehenden Terrains im besonderen. Auf Antrag des Justizrats Bronke beschloß sodann der Gerichtshof eine Befristung an Ort und Stelle und familiäre Prozeßbeteiligte sowie die Sachverständigen begaben sich mittags nach Nizdorf hinaus.

Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Zu der am Sonntag, den 17. Mai, früh 8 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung werden die Genossen eruchtet, sich rechtzeitig und zahlreich in den nachstehend bezeichneten Lokalen einzufinden: Schieber, Admiralstr. 21; Krüger, Raunhoferstr. 54; Schäfer, Alte Jakobstr. 137; Jacharowitsch, Brandenburgstr. 49; Stramm, Nitterstr. 123; Wendi, Alexandrinenstr. 39; Schneider, Sebastianstr. 7 (Keller); Kenz, Alte Jakobstr. 69; Kaufsch, Brückenstraße 2; Peulert, Melchiorstr. 30; Ladewig, Kommandantenstr. 63. Das Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis. Achtung, Parteigenossen! Die Wählerzahl meines Kreises ist von 30 852 im Jahre 1898 auf 31 344, also um 492 gestiegen. Zur Einsichtnahme in die Wählerliste, welche in der Zeit vom 18. bis 25. Mai in der Turnhalle der 62. Gemeindeschule, Schindlerstr. 38, und im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16 II, öffentlich ausliegen, haben sich folgende Genossen bereit erklärt: Cigarrenhändler Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40 (Kottbuscher Thor); Restaurateur Herrn. Schieber, Admiralstr. 21; Max Schöneemann, Stalinerstr. 7; Karl Schneider, Dranienstr. 171; Franz Krüger, Raunhoferstr. 54; Cigarrenhändler Martin Wehha, Adolbertstraße 24 (Ecke Engel-Ufer); Restaurateur Franz Richter, Franzstr. 1; Max Veyer, Köpckeplatz 55a; Heinrich Wörner, Annenstr. 26; Jakob Kenz, Alte Jakobstr. 69; Ernst Vier, Alte Jakobstr. 62; Gustav Ladeberg, Kommandantenstr. 65; Adolf Hild, Simeonstr. 23; Emil Götte, Brandenburgstr. 18; Cigarrenhändler Wilhelm Wörner, Nitterstraße 15; Restaurateur E. Gahn, Sebastianstr. 2; Gustav Planzen, Dresdenstr. 18; Cigarrenhändler Paul Dorich, Engel-Ufer 15 (Werkstattshaus); Restaurateur Otto Krause, Brüderstr. 32. Das Wahlkomitee.

Wahl! Wähler des 6. Wahlkreises! Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, findet in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Reichs-anwalt B. Heine über das Thema: Was hat das arbeitende Volk von den Reichstagswahlen zu erwarten? spricht. Freie Aussprache. Die Wähler aller Parteien sind eingeladen. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Schöneberg. Bei der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung wollen sich die Parteigenossen früh 8 Uhr in folgenden Lokalen einfinden: Ständer, Hohenhausenstr. 79, Schilling, Schiffhäuserstr. 10; Krüger, Grunewaldstr. 110; Obst. Weiningerstr. 8; Döring, Wertheburgerstr. 7; Horlemann, Kaiser Friedrichstraße 8; Reimer, Hohenriedbergstr. 26; Hoffmann, Cheruskerstraße 10; Donath, Fritze Reiterstr. 3; Wolf, Spunholzstr. 34.

Steglitz. Sonntag, den 17. d. M., vormittags 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Da an demselben Tage eine Agitationstour aufs Land stattfindet, ist es unbedingt notwendig, daß ein jeder Genosse seine Pflicht und Schulpflicht thut. Treffpunkt in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: Edelhals, Ahornstr. 15a. 2. Bezirk: Wolf, Schildhornstr. 96. 3. Bezirk: Veeg, Flora- und Däntherstr.-Ecke. 4. Bezirk: Krüger, Gerseltstr. 1. 5. Bezirk: Kramer, Marksteinstr. 1. 6. Bezirk: Kratoch, Potsdamerstr. 7. — Die Wählerlisten liegen vom 18. bis 25. d. M. im Rathaus, Zimmer Nr. 15, wochentäglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags aus. Am Himmelfahrtstage, sowie am Sonntag, den 24. d. M., in der Zeit von 11 1/2—12 1/2 Uhr vormittags.

Zehl. Freitag, den 15. Mai, findet abends 8 Uhr im Saale des Herrn Trapp, Bahnhofstraße, eine Reichstags-Wähler-versammlung statt, in der Genosse Stadthagen spricht. Pflicht jedes Genossen ist es, für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Friedrichshagen. In der am Samstag, den 16. Mai, abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Kafule, Friedrichstr. 61, stattfindenden Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins spricht Genosse Dr. Rosen-thal über „Die kleinste Lebewesen.“ Zu dieser Versammlung haben Gäste — auch Frauen — Zutritt. Die Mitglieder werden eruchtet, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Grünau. Am Sonnabend, den 16. Mai, abends 9 Uhr, findet im Lokal „Zur grünen Ede“, Köpckeplatz 88, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, so ist das Erscheinen aller Mitglieder nötig. Hauptächlich werden die am Orte wohnenden „Vorwärts“-Leser, welche noch nicht Mitglieder des Wahlvereins sind, aufgefordert, sich dem Wahlverein anzuschließen. Der Vorstand.

Schönwalde. Sonntag, den 17. Mai, findet Flugblattverbreitung statt. Diejenigen Schönwalder Genossen, welche in Waddorf, Wandlich, Stolzenhagen und Klosterfelde mit verbreiten wollen, treffen sich früh 7 Uhr bei Lutz („Jung weihen Hof“).

Neuenhagen a. d. Ostbahn. Sonntag, den 17. d. M., findet in Neuenhagen bei Frederksdorf eine öffentliche Wählerversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genossin Frau Thier über die bevorstehenden Reichstagswahlen referieren wird. Die Parteigenossen werden hiermit aufgefordert, dieselbe recht zahlreich zu besuchen.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung ist wieder einmal recht wenig zu vermelden. Die Herren Stadtväter haben jetzt faule Tage — wenn es erlaubt ist, mit Bezug auf die „geehrte Versammlung“ diesen Ausdruck zu gebrauchen. Wichtige Entscheidungen waren in den letzten Wochen nicht zu fällen, da waren auch keine langen Debatten nötig. Vor 14 Tagen wurden die Stadtverordneten mit ihrem Pensum in 20 Minuten fertig, gestern brauchten sie nicht viel mehr als eine halbe Stunde dazu. Auf der Tagesordnung standen diesmal namentlich W a u f a h r e n, ein paar aus dem Hochbau und ein paar aus dem Straßenbau. Mit der neuen Verbindungstraße, die von der Chausseestraße nach dem Vorplatz des Steintiner Bahnhofes führen soll, wurde nicht viel Federlesens gemacht. Der Entwurf des Magistrats wurde mit einigen vom Ausschuss empfohlenen Zusätzen angenommen. Bei der Vorlage über den Durchgang, der am Hochbahnhof „Warschauer Straße“ das der Stadt gehörige Gelände des ehemaligen Wasserwerkes „Stralauer Thor“ besser zugänglich machen soll, sprach Genosse Stadtv. Borgmann die Ansicht aus, daß die Stadtgemeinde gegenüber der Hochbahn-Gesellschaft ihr Interesse nicht rechtzeitig und nicht ausreichend zu wahren gewußt habe. Am Magistratsisch hefte man die Köpfe zusammen, aber keiner der Herren Stadtväter erhob sich zur Antwort. Da auch aus der Versammlung niemand weiter zu dieser Angelegenheit sprechen wollte, so ging es im Eiltempo weiter. Die Einwürfe für einige Bauten am Krankenhaus Seestraße gaben dem Stadtverordneten Giese Veranlassung, dem Stadtbaurat zuzurufen: „Mehr Dampf, Herr Stadtbaurat!“ Da er kurz vorher über die Kostspieligkeit der für das Krankenhaus geplanten elektrischen Centrale gesprochen hatte, so blieb unklar, ob er mehr Beschleunigung wünschte oder aber durch die Pläne zu verstehen geben wollte, daß man auf die Elektricität verzichten und zur Dampfkraft zurückkehren solle. Die Versammlung schien die Mahnung „Mehr Dampf!“ auf ihre eignen Geschäfte zu beziehen. Sie beüllte sich, Schluß zu machen.

Der sozialdemokratische Frauen-Wahlverein, der während der jetzigen Wahlperiode eine sehr rührige Thätigkeit entfaltet, scheint sich einer ganz besonderen Aufmerksamkeit seitens der Polizei zu erfreuen. Schon vor einigen Tagen konnten wir mitteilen, daß Mitglieder desselben von Arminialbeamten in ihrer Wohnung aufgesucht und unter ansehnlich harnlosen Vorwänden nach ihren Personalien z. befragt wurden. Dasselbe Mandat wiederholte sich kürzlich auch bei der Genossin E., Pappel-Allee. Dort führte sich der polizeiliche Wiedermann, dem man schon von weitem dem „Geheimen“ anmerkte, als Mitglied des „Wahlkomitees“ ein, jammerte wie fürchterlich er jetzt zu thun habe, da die Genossin und Genossinnen alle auf Agitationstouren seien und wünschte Geburtsort, Religion und so weiter von Frau E. und deren Tochter zu wissen, denn die Genossinnen hätten in den Aufnahmeformularen alles verkehrt geschrieben. Weiter sprach er dann vom Genossen Singer, der jetzt wieder in der Schweiz weile, und that überhaupt „riesig informiert“. In diesen konfusem Redensarten merkte die Genossin dann natürlich erst recht, wie Geistes kind der Besucher war. Eine Nachbarin, Frau F., die ebenfalls Mitglied des Wahlvereins ist, kam gerade hinzu, als der „Genosse“ noch den Gefährten spielte, weil Frau E. ihm unter deutlichem Hinweis auf seine Ueberrückigkeit jede Auskunft verweigerte. Erst als Frau F. ihrer Freundin riet, den Besen zu nehmen, empfahl sich der gute Mann.

Noch einmal: der ironische Beifall. Die „Staatsbürger-Zeitung“ ist darüber erböt, daß wir die von ihr verbreitete Legende, der „nationalen“, d. h. konservativ-antifeminitische Kandidat des vierten Wahlkreises, Schriftsteller Wegener, habe mit seinem Phrasengehimmel bei sozialdemokratischen Zuhörern ernsthaften Beifall gefunden, grausam zerstört haben. Das sucht sich nun dadurch zu rächen, daß es in echt antifeminitischer Verlogenheit unfren Ausführungen über Herrn Wegeners Auftreten und den ihm gespendeten ironischen Beifall die Deutung giebt, ein richtiger Sozialdemokrat dürfe nicht dem Gegner ruhig zuhören, sondern habe ihn „einfach niederzubrücken“. Gewiß, den Madam-Antifeminiten aus dem Lager der „Staatsbürger-Zeitung“ wäre sehr damit gedient, wenn unsere Genossen in gegnerischen Versammlungen sich recht fleißigst Benahmen, womöglich so, wie ein Madam-Antifeminit es zu thun pflegt. Daß Sozialdemokraten mit ihnen und ihrem unter „nationaler“ Flagge segelnden Anhang nicht mehr diskutieren wollen, daß sie vernünftigerweise überhaupt darauf verzichten wollen, sich das Geschimpfe und Geleise konservativ-antifeminitischer Versammlungen länger mitanzuhören, das mag dieser Gesellschaft einen bösen Strich durch ihre pfiffige Rechnung machen. Offenbar haben es unsere „nationalen“ Gegner gerade darauf abgesehen, die sozialdemokratischen Wähler, nachdem sie sie als „Gäste“ in ihre Versammlungen gelockt haben, durch freche Schmähungen zu heftiger Gegenrede und tumultuarischen Ausritten zu provozieren, damit sie nachher verstanden können: Seht, so sind die Sozialdemokraten!

Von ihrer Befristungsweise sind der Bürgermeister Dr. Reide sowie die Mitglieder der städtischen Verkehrsdeputation, Stadtrat Bohm, die Stadtverordneten Jacobi, Eppmann und Caspel und Magistrats-Ressort Alberti nach Berlin zurückgekehrt. Die Eindrücke, welche die Herren von der Befristung der Schwedebahn in Elberfeld-Darmen und den Hafenanlagen in Köln a. Rh. und Düsseldorf mitgebracht haben, werden übereinstimmend als „im allgemeinen“ günstige geschilbert. Es sieht zu erwarten, daß die Mitglieder der Verkehrsdeputation den Plänen auf eine Ausgestaltung der Berliner Verkehrsanlagen, besonders aber der Anlagen für den Schiffahrtsverkehr, nicht nur das regste Interesse, sondern auch die thätigste Förderung zu teil werden lassen. Ob dies auch für die Schwedebahn zutrifft, läßt sich heute noch nicht in dieser bestimmten Form sagen. Die Herren sind mit ihrem Urteil zurückhaltend, wenn sie auch die großen Vorzüge der Schwedebahn gegenüber andern Hochbahnen unüberhöhen anerkennen. Das Straßenbild werde durch Schwedebahnen allerdings beeinträchtigt. Diese sind aber geräuschloser als die Berliner Hochbahnen und würden sich in Berlin bei der Vermeidung von Wasserläufen, breiten Straßenzügen in der Peripherie oder in den Vororten sehr bald die Gunst des Publikums erwerben. In einigen Wochen gedenkt der Ober-Bürgermeister Kirchner mit den übrigen Mitgliedern der Verkehrsdeputation eine ähnliche Reise zu unternehmen.

Unternehmer-„Humanität“. Der Arbeiter B. feierte am 8. April sein 25-jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma „Deutsche Waffen- und Munitions-Fabriken“ (vorm. Ludwig Löwe). Von seinen Kollegen hatte er ein Geschenk erhalten. Er wollte sich nun, wie überall üblich, auch dem Direktor Hänisch vorstellen. Dieser aber hielt es nicht der Mühe für wert, ihn zu empfangen, sondern schickte ihn durch den Bureauhelfer zum Inspektor, der ihm bedeutete, daß bezüglich einer Jubiläumsgratifikation noch kein Bescheid vom Direktor eingegangen sei. Die Gratifikation kam aber dennoch, allerdings in unerwarteter Gestalt. nämlich vier Tage später erhielt der Arbeiter den Bescheid, auf unbestimmte Zeit auszusagen. So belohnten die „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ den Arbeiter, der sich 25 lange Jahre im Frontdienst ein und desselben Betriebes aufgerieben hatte. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß alte Arbeiter dort auf diese Art abgehoben werden. Direkt entlassen werden sie nicht, doch müssen sie solange „aussehen“, bis sie sich ganz von selbst nach anderer Arbeit umsehen, weil wohl der Arbeiter, nicht aber sein Wagen auf unbestimmte Zeit „aussehen“ kann. Nur zu häufig aber erhalten solche alten verbrauchten Arbeiter keine anderweitige Beschäftigung mehr, denn jeder Fabrikant sucht möglichst jugendliche, vollkräftige Leute einzustellen. Den Arbeitern aber mögen derartige Fälle zur Lehre dienen. Viele von ihnen meinen auch heute noch immer, sie hätten eine Lebensstellung beim Unternehmer, und nur zu spät werden sie gewahr, daß sie einfach wie eine ausgepreßte Citrone weggeworfen werden, wenn ihre Kräfte verbraucht sind. — Unter arger Lohnrückerei leidet auch das Bureaupersonal in diesem Betriebe. Buchhalter bekommen meistens einen Anfangsgehalt von 100 M. pro Monat mit dem Vorsprechen auf baldige Gehaltsverhöhung. Nach vielleicht 2 Jahren haben sie es dann glücklicherweise auf 105 M. gebracht. Dabei ist Direktor Hänisch Vorsitzender des launmännlichen Hilfsvereins. Sogar die Wermeister führen Klage darüber, daß ihnen die berechneten Recordüberschüsse nicht allerniedrigst richtig ausgezahlt werden. Einige von ihnen sind Monat für Monat auf Gelder verdröset worden, die sie ihrer Meinung nach rechtlich schon vor zwei Jahren

zu beanspruchen hatten. Vielleicht sehen es die Arbeiter, Buchhalter und Meister mit der Zeit ein, daß die armen darbenenden Aktionäre von ihren „Entbehrungslöhnen“ eben nicht mehr zahlen können — vielleicht auch nicht.

Die Befestigung von Verbandskästen für Schulen wird in Lehrerkreisen für notwendig gehalten. Die aus Berliner Lehrern zusammengesetzte „Vereinigung für Schulgesundheitspflege“ hat in ihrer letzten Sitzung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und hat den Beschluß gefaßt, darauf hinzuwirken, daß solche Kästen beschafft werden, damit die Lehrer die Möglichkeit haben, den Kindern bei Unglücksfällen bis zur Ankunft des Arztes die erste Hilfe zu leisten. Dabei wird besonders an Unglücksfälle gedacht, die sich im Turnunterricht ereignen können. Es wird auf das Beispiel von Paris hingewiesen, wo alle Schulen mit Verbandskästen ausgerüstet seien. Um eine sachkundige und zweckmäßige Benutzung zu erzielen, hält es die Vereinigung für erforderlich, daß auf den Lehrerkonferenzen die Jüglinge auch in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen unterwiesen werden. Dem im Amt stehenden Lehrern solle durch Einrichtung von Samariterkursen Gelegenheit gegeben werden, nachträglich die Kenntnis der ersten Hilfeleistung zu erwerben.

Mit dem morgen in Kraft tretenden Sommerfahrplan der Großen Berliner Straßenbahn werden, wie bereits mehrfach erwähnt wurde, zwei neue Ringlinien gebildet. Hiermit steigt die Zahl der Ringbahnlinien im Berliner Verkehr auf fünf. Bekanntlich ist am 1. Mai im Stadtbahn-Betriebe durch die Schaffung der Nord-Südring-Linie ein „Vollring“-Verkehr eingeführt. Die alte Ringbahn der Straßenbahn, welche von jetzt ab den Namen „Stadtring“ führt, dient lediglich der Verbindung derjenigen Berliner Stadtteile, welche als die Grenzlinien der „Zonen“ zur Außenstadt zu bezeichnen sind. Der „Vorortring“ (sog. Wästenbahn) stellt die Verbindung der äußeren südlichen, südwestlichen und westlichen Stadtteile mit Schöneberg, Tempelhof, Britz und Nizdorf her. Der neue „Kuhenting“, welcher durch die Vereinigung der Straßenbahnlinien 17 und 2 geschaffen wird, bildet eine direkte Verbindung für die nördlichen, östlichen und südlichen Stadtteile mit Charlottenburg und Schöneberg und wird außerdem drei der wichtigsten Wohnhöfe der Reichshauptstadt, den Schleißhagen, Stettiner- und Lehrter-Bahnhof in direkte Verbindung bringen. Die fünfte Ringbahnlinie, welche durch die Vereinigung der beiden Straßenbahnlinien 18 und 30 ebenfalls morgen geschaffen und die Bezeichnung „Großer Ring“ führen wird, bringt eine direkte Verkehrslinie des äußersten Nordens mit Moabit, Thietzgarten und Schöneberg, sowie mit dem Osten und Süden Berlins, während andererseits die bisher noch fehlende Verbindung des Westens mit dem äußeren Süden und Osten geschaffen wird.

Neuamals das Eisenbahnkuriosum. Ein Leser schreibt uns: „Zu Ihrem Artikel „Ein Eisenbahnkuriosum“ in Nr. 110 möchte ich Ihnen mitteilen, daß man in einem solchen Falle, wie dem erwähnten, mit der Schaulust leider nicht weit kommen dürfte. Es ist nämlich bereits festgestellt, daß man, wenn man eine Fahrkarte für 5 Pf. löst und dann die Fahrt unterläßt, noch 5 Pf. nachzahlen muß. Zu meiner Heimat Thorn besteht nämlich auch eine 5 Pfennig-Fahrkarte Thorn-Stadt-Thorn-Bahnhof. Als nun die Bahnzeit-Sperre aufkam, versuchten es auch einige, sich, wenn sie den Bahnsteig Thorn-Stadt betreten wollten, um a. B. jemand zum Zuge zu begleiten, eine Fahrkarte für 5 Pf. zu lösen, um nachher zu erklären, sie wollten die Fahrt nicht mehr antreten. In einigen ersten Fällen ist dieser Trick wahrscheinlich geklärt. Als aber die Bahnbehörde dahinter kam, wurde sogar gegen einen Herrn ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet, das allerdings eingestellt werden mußte, weil man ihm nicht nachweisen konnte, daß er nicht wirklich hatte fahren wollen. Alsdann wurde aber von der Eisenbahndirektion bestimmt, daß man in dem erwähnten Falle 5 Pf. nachzahlen müsse.“ Danach besteht also das kurioseste Kuriosum, daß die Fahrt billiger sein kann, als das bloße Betreten des Bahnsteigs!

Zu dem schweren Sittlichkeits-Verbrechen in Nizdorf wird noch mitgeteilt, daß der Thäter sich keines Messers bedient, sondern mit einem Stück Glas dem Mädchen die Verletzungen zugefügt hat. Hierdurch ist der Wundprozeß erheblich schwieriger, wenn gleich eine Gefahr für das Leben des Mädchens nicht vorhanden ist. — Gestern wurde das Verbrechen verbreitet, daß der Verbrecher in Steglitz verhaftet worden sei. Es war dort auch thätiglich ein Arbeiter Schulz festgenommen, der sich pagabonierend in den westlichen Vororten anhielt, doch konnte schon gestern abend seine Haftentlassung erfolgen, da sich die Inspektion des Verdächtigen alsbald herausstellte.

Einsam gestorben ist die 73 Jahre alte frühere Dienstmagd Friederike Warthwig, die für sich allein in der Königin-Augustastr. 13 im vierten Stock wohnte und von Unterstützungen, die ihr ehemalige Dienstherrschaften zukommen ließen, lebte. Nachdem sie in der letzten Zeit über Nennot geklagt hatte, fand man sie gestern, Donnerstag, morgen tot im Bette liegen.

Den Tod im Wasser suchte am Donnerstagsabend das 21 Jahre alte Dienstmädchen Anna Weimera, das bis vor acht Tagen in Danzig war und dann hierher kam, um in vierzehn Tagen einen Maschinenisten der Elektricitätswerke zu heiraten. Am Donnerstagsnachmittag verließ sie ihre Schlafstube in der Kesselstraße und war später mit ihrem Bräutigam zusammen, von dem sie sich nach der Behauptung des jungen Mannes in aller Eile mit verabschiedete. Abends wollte sie sich im Nordhafen ertränken, wurde aber gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Was sie dazu veranlaßte, weiß man nicht.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (Ortsgruppe Berlin) veranstaltet am Freitag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses eine öffentliche Versammlung, in welcher der Generalsekretär Dr. Walsch einen Bericht über den gegenwärtigen Kongreß erstatten wird. Auf der Tagesordnung stehen ferner ein Vortrag des Dr. Gutmann: „Augen- und Geschlechtskrankheiten“ sowie ein Vortrag des Dr. Becker: „Tages-Sanatorien für Geschlechtskranke.“ Gäste willkommen.

Eine Privat-Viehauktion veranstaltet am Freitag, 15. Mai, vormittags 10—6 1/2 Uhr der Schlächtermeister des Berliner Konsumvereins, Herr Bilde in Kummelsburg, Schillerstr. 18, durch Juris-Auktion des von ihm auf der Berliner Schlachtvieh-Auktion gelauften prämitierten Viehes. Die Auktion, die für jedermann, auch für Nichtmitglieder des Konsumvereins unentgeltlich geöffnet ist, soll zeigen, wie der Berliner Konsumverein und sein Lieferant Herr Bilde bemüht sind, den Vereinsmitgliedern ein vorzügliches Fleisch zu liefern. Das gekaufte Vieh steht im Auktionskatalog unter den Nummern 1059, 1069 und 659.

Im Sportpark Friedenau stehen den Besuchern des Goldenen Rades am nächsten Sonntag große Dinge bevor. Die beiden Konkurrenzren über eine Stunde und 100 Kilometer (das kleine und das große Goldene Rad) über eine so große Anziehungskraft auf das Publikum aus, daß die stark gestrohten Tribünen- und Logenplätze bald ausverkauft sein werden. Der Direktion des Sportparks sind diesmal zwei Luxus-Räder, und zwar je eines von den Corona-Fahrradwerken, Brandenburg und von den Bremador-Fahrradwerken (Gebr. Reichstein) Brandenburg zur Verfügung gestellt, die den Besuchern des Goldenen Rades auf ganz eigenartige Weise (die in den nächsten Tagen bekannt gegeben wird) als Gewinn zufallen. Das erstere wird im Schaufenster der Firma Veel u. Clowenburg, Gertraudenstr. 26/27 ausgestellt, während das letztere in der Bremador-Filiale, Kronenstr. 11 zu sehen ist. Sollten Damen die glücklichen Gewinner der gestifteten Räder sein, so können diese gegen Damenräder umgetauscht werden.

Feuerbericht. Ein großes Vöschungsgeld wurde Donnerstagsnachmittag gegen 4 Uhr infolge mehrmaliger Weidung nach der

